



## **Impressum**

**Herausgeber** Universitätsarchiv Bremen  
Universitätsallee  
Geisteswissenschaften1 (GW 1), Trakt A, EG  
28359 Bremen  
Telefon: 0421/218-60390/91/93  
Fax: 0421/218-60399  
[archiv@uni-bremen.de](mailto:archiv@uni-bremen.de)  
<http://www.uni-bremen.de/archiv>

**Druck** Druckerei der Universität Bremen  
**Auflage** 100  
6. aktualisierte Auflage (Juni 2017)

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Zentrales Universitätsarchiv eingerichtet	4
Nieder mit den Manipulatoren!	5
Bebel, Kafka oder Tristan?	6
Kunst im öffentlichen Raum Universität	7
Ein Foto als programmatisches Zitat	8
Kleines Chaos, keine Mehrheit – so begann die Ära Timm	9
Vom Segelfliegen und anderen „Verflechtungen“	10
Eine irre Korrespondenz	11
Die unbekannte Dame der Arbeiterbewegung	12
Der Berg kreiste...	12
Weg mit dem Schirmbildwagen	13
„Soll erst einer sterben?“	14
Rauch in der Kaderschmiede	15
„PS: Zieht bitte Schuhe aus und unterlasst das Rauchen.“	15
„Behörden- und Unimist“ – eine Akte entsteht	16
Archivgüter	17
Prima Klima	17
„Hört Ihr`s klingeln?“	18
Schreibautomaten: "...und auf einmal war das 'Ding' da"	19
Rote Richter in schwarzen Roben?	20
a pol 085 2 bp 908 – Beschlagnahmt!	21
Versteckt – Gefunden – Verschwunden.	22
Hiergeblieben!	24
Uni-Archiv, die allererste	25
Protest-Hähnchen	25
MAKS – kann man das essen?	26
Überfüllte Universität	27
Wo sind die Catcher geblieben?	28
Kein leichtes Geschäft mit Büchern	29
Ein Brand und seine Folgen	30
Ruhezone sorgt für Unruhe	30
Putsch in Chile - Solidarität an der Uni	31

"Viele haben gedacht: Morgen bin ich wieder zu Hause"	33
Bausteine für die Universität	34
Solidarität mit polnischer Partneruni	35
Frauen im Kampf um Frieden und Emanzipation	37
Schluss mit dem Versteckspiel!? (1. Teil)	37
Schluss mit dem Versteckspiel? (2. Teil)	38
Tag der offenen Tür - vor vierzig Jahren	40
Chaoten-Korso	41
Schwerathleten und Seiltänzer	42
Wo geht's denn hier zur Peter-Weiss-Straße?	43
„Meinungsterrorismus“ gegen „Provokation“	44
Der Kampf um die Uni-Trophäe	45
In der Löwengrube?	46
“Oh Lord, won't you buy me a ...?”	48
„Marmor, Stein und Eisen bricht ... oder Betón brut oder was?	49
Lebenslauf eines Protokolls	51

Liebe Leserin, lieber Leser!

Diese Broschüre enthält eine Sammlung kurzer Geschichten aus der Geschichte Universität Bremen. Wir haben sie in den vergangenen 17 Jahren für die Universitätszeitung, den Bremer Uni-Schlüssel, geschrieben und hier noch einmal für Sie zusammengestellt. Grundlage unserer „Histörchen“ sind Fundstücken aus dem Archiv der Universität. Sie belegen die vielschichtige, bunte und bewegte Geschichte unserer Hochschule seit ihrer Gründung im Jahre 1971.

Unser Archiv besteht seit Juni 2000. Wir Archivar\*innen haben die Aufgabe, Akten aus den Selbstverwaltungsgremien und der Verwaltung der Universität sowie Unterlagen aus Lehre und Forschung zu sichern, zu bewahren und zu erschließen. Auf diese Weise können wir die historischen Dokumente zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte den Nutzer\*innen wieder zur Verfügung stellen. Wir sind ein öffentliches Archiv und beraten Sie gerne.

Den Schwerpunkt unserer Bestände bildet das universitäre Schriftgut in Form von Sach- und Personalakten, Protokollen, Verträgen etc. Daneben gibt es verschiedene Sammlungen mit Flugblättern, Fotos, Filmen, Grauer Literatur (Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen) sowie Plakaten. Nachlässe ehemaliger Professorinnen und Professoren sowie eine Sammlung von Abschlussarbeiten gehören ebenso zum Archivbestand.

Diese verschiedenen Quellen dokumentieren die Geschichte und Entwicklung der Universität Bremen auf vielfältige Weise. Wir nutzen sie auch selbst für Ausstellungen, Campus-Führungen, Veröffentlichungen oder unsere Online-Dokumentation „Kunst an der Universität Bremen“.

Das Universitätsarchiv arbeitet erfolgreich mit anderen Dokumentations- und Bildungseinrichtungen in der Region zusammen. Wir sind aktiv im Arbeitskreises Bremer Archive und in der Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Universitäts- und Wissenschaftsarchive.

Als Archiv haben wir ein ausgeprägtes Interesse an weiteren Dokumenten, Bildern oder Flugblättern aus der Geschichte der Universität Bremen. Haben Sie noch Materialien? Dann sprechen Sie uns bitte an. Vielen Dank!

Juni 2017

Unsere Kontaktadresse:

Universitätsarchiv  
Leiterin: Sigrid Dauks  
Universitätsallee  
Geisteswissenschaften 1 (GW 1),  
Trakt A, EG  
Postfach 33 04 40  
28 334 Bremen

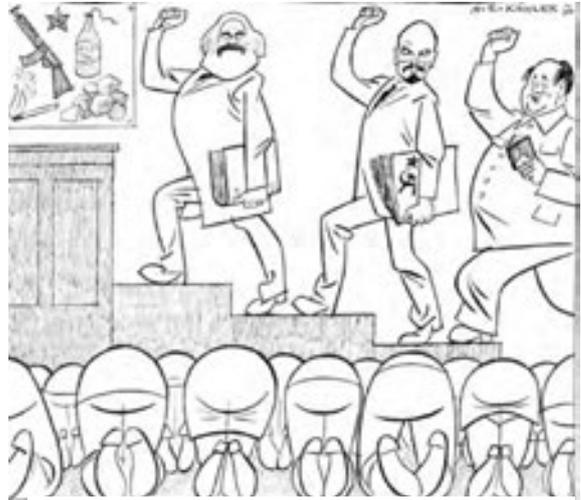
Tel.: 0421/218-60390/91/96  
FAX: 0421-218-60399  
e-mail: [archiv@uni-bremen.de](mailto:archiv@uni-bremen.de)  
[www.uni-bremen.de/archiv.html](http://www.uni-bremen.de/archiv.html)

Zentrales Universitätsarchiv eingerichtet  
Von Krisen, Roten Urmeln und anderen alten Sachen  
BUS Nr. 60, Oktober/November 2000

Welche Berufung sprengte 1971 die Regierungskoalition von SPD und FDP? Warum stritten sich Hochschullehrer, sonstige Mitarbeiter und Studierende um den Roten Urmel? Welche beiden heutigen Senatoren in Bremen und Hamburg planten Lehramtsstudiengänge?

Neugierig geworden? Dies sind einige Kostproben davon, was Sie in naher Zukunft erforschen können, denn seit April 2000 hat das neueingerichtete Zentrale Archiv der Universität Bremen mit seiner Arbeit begonnen. Es wird von Dr. Till Schelz-Brandenburg als Leiter und der Archivangestellten Nicole Stöbener aufgebaut.

Im nächsten Herbst wird die Bremer Universität 30 Jahre alt, die Pläne zu ihrer Gründung sind noch älter. Wo Generationen wechseln, kann Wissen verloren gehen, sofern es nicht weitergegeben wird. So droht auch die Gründungsgeschichte der Universität, das „Bremer Modell“, in Vergessenheit zu geraten. Welche weiß heute noch um die Kämpfe um die Drittelparität? Wem sagen die Konflikte um die Berufung von HochschullehrerInnen zwischen Stadt und Universität Bremen noch etwas? Wer kennt noch die frühere harte Auseinandersetzung zwischen Kanzler und Rektor?



Bremens Universität: Einzug der Professoren  
in: FAZ vom 22. Juli 1970

Dieses Wissen zu erhalten hat sich das Archiv als Gedächtnis der Universität zur Aufgabe gemacht. In ihm sollen Archiv- und Sammlungsgut erfasst, verzeichnet und für künftige Forschung aufbereitet werden.

Des weiteren soll in unregelmäßigen Abständen in Kurzartikeln oder Broschüren aus der Arbeit des Archivs berichtet, relevante Aspekte der Bremer Universitätsgeschichte bekannt gemacht oder wieder ins Gedächtnis gerufen werden. Darüber hinaus sind auch eigene Forschungsprojekte geplant.

### *Materialien gesucht*

Wir befinden uns noch in der ersten Aufbauphase. Um die Regale zu füllen und gerade viele der verloren gegangenen Dokumente der Bremer Universität zu erhalten, sind wir auch auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Welche ehemaligen Angehörigen der Universität Bremen haben in Privatarchiven Bild- oder Textdokumente gesammelt, die sie uns zur Verfügung stellen könnten oder wissen, wo sich wichtige Dokumente befinden? Interessiert sind wir an den unterschiedlichsten Materialien, wie Photos, Briefe, Tagesnotizen, Flugblätter, Schriftverkehr, Protokolle u.v.m.

## Histörchen

### Fundstücke aus dem Universitätsarchiv

Geschichte besteht nicht zuletzt aus Geschichten, da macht die Historie der Universität keine Ausnahme. Mit der diesem Abdruck zugrundeliegenden Kolumne in der Universitätszeitung „Bremer Uni-Schlüssel“ (BUS) möchte das Uni-Archiv zum Mosaik der Geschichte der Bremer Hochschule beitragen.

## Nieder mit den Manipulatoren!

BUS Nr. 63, April/Mai 2001

Es war keine Vollversammlung angekündigt und trotzdem trieb sich ein großer Teil des damals noch höchst überschaubaren Studierenden-Volks an diesem Herbsttag im Jahr 1973 im Eingangsbereich von GW 1 herum. Was sonst nur Aufrufe zum Protest gegen den Krieg des US-Imperialismus in Vietnam, zur Unterstützung der wilden Streiks der Vulkan-Arbeiter oder die neueste Verschärfung der Prüfungsordnung vermochten, hatte diesmal ein eher unscheinbarer Zettel an der Pinnwand vor der Cafeteria geleistet: Radio Bremen, hieß es da, suche für eine Fernsehproduktion Statisten für ein Projekt der non-verbalen Kommunikation. Und es war auch noch erwähnt, daß Christine Kaufmann mitspielen würde, damals eine berückende Mischung aus Hippie-Mädchen und mater dolorosa.

Nun war das Fernsehen natürlich als Manipulationsinstanz hinlänglich entlarvt auch dank der Bemühungen unserer Dozenten aus dem Studienbereich "Kommunikation und Ästhetik", aber auch übergeordneter Instanzen wie McLuhan und Enzensberger. Kein Wunder, daß sich vor der noch geschlossenen Tür zum Seminarraum unter den ziemlich vollständig versammelten Revolutionsagitatoren rasch Rechtfertigungsdebatten entwickelten. Die einen sahen in ihrer Beteiligung die Parole vom Marsch durch die Institutionen verwirklicht, andere raunten von der nötigen Gegenmanipulation im Spätkapitalismus, die dritten von der Strategie der Eroberung der Burg von innen (Mao). Nur von Christine K. sprach keiner.

Endlich wühlten sich zwei Handlanger der herrschenden Klasse durch die Menge (die sich raffinierter Weise kaum von uns unterschieden), verkündeten, man werde unverzüglich mit der Auswahl beginnen, und baten als erstes zwei Studentinnen in den Raum. Als kurz darauf spitze Hilfe-Schreie zu uns herausdrangen, nickten wir uns wissend zu - so sind sie, die Manipulatoren, erst non-verbal anlocken, dann zu verbalen Exzessen verführen. Beunruhigender als dieser Befund war aber das durchaus gemächliche Tempo der Proben, so daß den Letzten mehrstündige Wartezeiten drohten. Doch da änderten die beiden Talentsucher ihre Auswahlmethode und wiesen uns an, als pantomimischer Demonstrationszug in den Raum zu ziehen und die Kraft der aufgeklärten Massen zu personifizieren - immer an der Wand lang. So beschäftigt bekamen wir den plötzlichen Rückzug unserer Auswahlkommission erst mit, als indigniert-näselnd ein Herr in spätexistentialistischem Schwarz, begleitet von Assistent und Skript-Girl, fragte, was wir hier trieben.

Übrigens: Die Produktion hieß "Chaplins Hut" (nicht etwa Geßlers Kopfbedeckung), wurde am 12. Januar 1974 gesendet und von uns Vertretern der Arbeiterklasse und des Antiimperialismus war natürlich keiner zu sehen. Dafür fand aber unter dem Namen Theo S. einer der beiden Manipulateure ziemlich rasch den Weg zu Radio Bremen.

Till Schelz-Brandenburg

## Bebel, Kafka oder Tristan?

### Über die Mühen, der Uni einen Namen zu geben

BUS Nr. 64, Juli 2001

„Am 13. August jährt sich zum 60. mal der Todestag August Bebels, des Mitbegründers und großen Führers der deutschen Sozialdemokratie. Die Unterzeichneten fordern den sozialdemokratischen Senat der Freien Hansestadt Bremen auf, diesen Tag zum Anlaß zu nehmen, der Universität den Namen August-Bebel-Universität zu verleihen.“ So beginnt die im Juni 1973 verfaßte Denkschrift einer Initiative aus Hochschullehrern, Dienstleistern, Betriebsräten und anderen Persönlichkeiten. Die Mehrheit einer Delegiertenversammlung des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt griff die Idee auf und empfahl in einem Brief vom 26. Juni dem Senat die Verleihung. Auch der Konvent der Universität Bremen stimmte mehrheitlich der Initiative zu. Die Einigung auf August Bebel rührte nicht zuletzt daher, daß seine Verdienste für die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie unbestritten und er für das Gros der sozialdemokratischen und sozialistischen/kommunistischen Gruppierungen die letzte gemeinsame Konsensfigur bildete - stritten sich auch die Geister, welche Interpretation denn nun die richtige sei: Bebel als entschiedenster Gegner der Revisionisten, bedeutender Wissenschaftler, Revolutionär oder gar als großer Warner vor dem 1. Weltkrieg.

Ungeachtet dessen stieß die Initiative nicht nur auf Begeisterung. Nach dem damaligen Bildungssenator Thape formuliere die Universität damit gesellschaftliche Ansprüche, die sie noch gar nicht erfüllen könne. Auch entspreche der Personenkult, wie Job Günter Klink anmerkte, nicht hanseatischer Tradition. Da half auch nichts, dass Horst-Werner Franke die Namensgebung unterstützte. Zunehmend führte die Diskussion in der SPD dazu, innerparteiliche Streits auszutragen. Doch auch von anderer Seite ließ die Empörung nicht lange auf sich warten: Die Bremer Sektion des Bund Freiheit der Wissenschaft erachtete die Universität Bremen als kein würdiges Denkmal für August Bebel - stelle sich doch die Frage, wie lange die Universität noch sozialdemokratisch bleiben werde.

Brodelte es auch auf vielen Ebenen, so ist offiziell doch nichts passiert. Der Senat sah sich als nicht zuständig an, da eine Namensgebung in den Kompetenzbereich der Bremischen Bürgerschaft falle. Die Vermutung, daß die Initiative verpuffe, wenn deren Umsetzung nicht bis zum geplanten legendären Datum erfolgt, bestätigte sich. Zwar stellten der SHB (seiner Zeit noch Sozialdemokratischer Hochschulbund) und der MSB Ende Oktober nochmals den Antrag im Akademischen Senat, den Bildungssenator aufzufordern, die Namensgebung einzuleiten - aber dieser wird, nachdem erstmals vertagt, Ende November nur noch zur Kenntnis genommen.

In der Hoffnung, kompetente Unterstützung zu erfahren, sprach der damalige Vorsitzende des SHB den späteren Rektor, Prof. Dr. Hans-Josef Steinberg, nochmals auf die Initiative an, als sie sich dem Gebäude GW 2 näherten, das kurz vor der Einweihung stand. Während Steinberg so das GW 2 betrachtete, kam ihm jedoch spontan ein ganz anderer für die Uni passender Name in den Sinn: Franz Kafka.



GWII und MZH

War diese Episode erst mal beendet, so gab es doch weitere Versuche, die Universität mit einem Namen zu beehren. Eine Privatinitiative erachtete Rudolf-Alexander-Schröder als die geeignetste Persönlichkeit, die Bremer Universität zu repräsentieren, da dieser vermutlich der letzte große Vertreter der deutschen Gelehrtenrepublik sein werde. Aber auch diesem Versuch konnte aufgrund mangelnder rechtlicher Möglichkeiten des Senats nicht stattgegeben werden. Eine andere Form, ihrem Anliegen Gewicht zu verleihen, wählte eine autonome Frauen Lesbengruppe. Sie nahm den bundesweiten Frauenstreiktag am 8.3.1994 zum Anlass, der Universität Bremen autonom den Namen der bedeutenden Sozialistin Flora Tristan zu verleihen. Sprühaktionen und eine lebensgroße Nachbildung Tristans unterstützten ihre Forderung.

Nicole Stöbener

## Kunst im öffentlichen Raum Universität

BUS Nr. 65, November 2001

Verirrt sich ein Spaziergänger oder eine Radlerin und kommt an der Südwestseite des Uni-Bades vorbei, so begegnet er/sie einem bunten Gemälde, das so ganz unvermittelt in der Landschaft liegt. Die Bildabfolge zeigt Menschen, die gegen ihre Unterdrückung aufstehen, symbolisiert Rückschläge ihrer Kämpfe und endet hoffnungsvoll mit deren Selbstbefreiung.

Dieses Bild entstand während der Chile-Solidaritäts-woche, die vom 14.–19. Juni 1976 an der Bremer Universität stattfand. Gemalt hat es die „Brigade Luis Corvalan“, deren Mitglieder zu dieser Zeit als Exil-ChilenInnen in unterschiedlichen europäischen Ländern den antifaschistischen Widerstand in Chile auf Wänden darstellten und dadurch ins Bewußtsein der Betrachterin riefen.

Diese Form des politischen Ausdrucks hatte sich in Chile z. Zt. der Wahlkampagne für Allende herausgebildet. Ziel war, die Museen zu den Menschen zu bringen, Kunst im öffentlichen Raum für

alle zugänglich und dadurch

(be)greifbar zu machen. Die „Brigade Luis Corvalan“ erstellte, teilweise zusammen mit Bremer Studierenden, an der Bremer Universität insgesamt zwei große Wandbilder. Das oben erwähnte wurde in der Nähe des Studentenhauses aufgestellt, ein weiteres schmückte den alten Mensa-Treppenaufgang. Leider wurden die Kunstwerke mehrfach mit Hakenkreuzen und neofaschistischen Sprüchen beschmiert.



Wurde dieses Wandbild von einer breiten Mehrheit von Universitätsangehörigen getragen, erhielt ein weiteres Kunstwerk so gar nicht ungeteilten Zuspruch: Im Mai 1978 begrüßte der Konvent den Antrag des Studiengangsausschusses (SGA) Kunst/Musik und des ASTA, eine Wandmalerei zur Unterstützung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika durchzuführen. Eine Beratergruppe „Kunst im Universitätsbereich“ traf sich, um die inhaltliche Ausrichtung und den Ort für das Wandbild zu bestimmen. Mit einer Übereinkunft zwischen Berater- und Initiativgruppe war es jedoch weit her. Der KSB (Kommunistischer Studentenbund) gestaltete daraufhin selbst ein Bild und schlug als Ort den Treppenaufgang GW2, Turm A, vor. Trotz Drängen des ASTA und des SGA, die Erlaubnis zu erhalten, das Bild aufzuhängen, entschied der AS am 25.10.1978, keine Mittel dafür bereitzustellen. So wurden die Studierenden eigeninitiativ – und hängten das Bild eben selbst auf. Die Empörung seitens der Universitätsleitung ließ nicht lange auf sich warten: zum einen gebe der agitatorische Tenor des Bildes nicht die Meinung der Universität wieder, zum anderen missachte die Vorgehensweise der Studierenden Gremienbeschlüsse. Denn sowohl AS als auch Konvent haben zwar ihre Bereitschaft für ein Wandbild signalisiert, aber der demokratische Entscheidungspro-

zeß über Form und Inhalt sei noch nicht abgeschlossen gewesen. Dies sei ein außerordentlich undemokratisches Verhalten der Studierenden und eine Unterhöhnung des Bremer Modells.

Versuche der Einigung scheiterten immer wieder. Ende November beschloß der Konvent, ein neues Wandbild zu entwerfen, das die Meinung der Universität wiedergebe. Sollte dafür allerdings kein anderer Platz gefunden werden, dann müsse das KSB-Bild weichen. Gesagt, getan. Am 29.12.1978 ließ das Rektorat das Bild entfernen. Versuche der KSB-Bereichsgruppe, es wiederzubekommen, scheiterten. Das Angebot des Rektorats, das Bild bis zum Ende des WS 1978/79 im Foyer des GW2 auszustellen, lehnte die Initiativgruppe ab, das Bild blieb weiterhin beschlagnahmt. In einem Veranstaltungsaufruf zu Zimbabwe vom 29. 4. 1979 forderte die Bereichsgruppe Kunst/Musik immer noch die bedingungslose Herausgabe des Wandbildes – und dann verliert sich auch in den Akten die Spur des Kunstwerkes. Sicher ist nur, dass im SS 1980 im Foyer des GW2 ein Wandbild über die Befreiung Zimbabwes aufgestellt war – um welches der Bilder es sich dabei nun handelte, ist nur aus den vorhandenen Akten heraus nicht zu ergründen.

In diesem Sinne auch nochmals einen Aufruf an alle Ehemaligen oder diejenigen, welche über eine eigene Geschichte an der Bremer Universität verfügen: wenn sie in der hinteren Schrankecke doch noch ein altes Dokument, ein Flugblatt oder eine Zeitung finden – oder über eigene Erfahrungen berichten können, setzen Sie sich mit uns in Verbindung. Wir sind sehr daran interessiert, die noch vorhandenen Lücken unseres Bestandes zu füllen.

Nicole Stöbener

## Ein Foto als programmatisches Zitat Als die Uni-Leitung einmal baden ging

BUS Nr. 66, Januar 2002



Für den "stern" im Mensa-See: v.l. Rektor Hans-Josef Steinberg, Konrektor Gerhard Stuby, Kanzler Hans Heinrich Maaß (weiter hinten), Dienstleister Günter Schattauer, Student Helmut Zachau und Konrektor Stefan von Aufschnaiter

Das Posieren im Wasser darf aus klimatischen, hygienischen und ästhetischen Gründen als mutig bezeichnet werden – auch wenn der angestrebte Effekt, zu bebildern, daß die Unileitung nichts zu verbergen habe, nicht ganz erreicht wurde: Der „stern“, ganz „bürgerliche Lumpenpresse“, überschrieb wenig originell seine Reportage in Nr. 27/1975 mit der Zeile: „Geht die rote Uni baden?“ – offenbar ein Entschluß in letzter Minute, wird der Beitrag im Inhaltsverzeichnis noch als „Ende der ‚Arbeiteruniversität‘?“ angekündigt. Doch die Journalisten hatten nicht mit der List des Historikers und damaligen Rektors Hans-Josef Steinberg gerechnet. Denn das für den „stern“ so originelle Motiv

war ein Zitat – und ein hochpolitisches dazu: In nämlicher Pose waren die Sozialdemokraten Friedrich Ebert und Gustav Noske von der „Berliner Illustrierten Zeitung“, der Stammutter von „stern“ & Co, im Sommer 1919 bei der Eröffnung eines Erholungsheims für Kinder in Haffkrug an der Ostsee abgelichtet worden, wobei die spielenden Kinder wegretouchiert und mit der Unterzeile „Ebert und Noske in der Sommerfrische“ der Eindruck eines Schnappschusses erweckt wurde. Der eigentliche Skandal aber war die „Verletzung der Würde des Amtes des Reichspräsidenten“. In immer neuen Wendungen wurde in der rechten Presse Ebert als Parvenü beschimpft, dessen Mangel an Etikette nur Ausdruck mangelnder Kultur und Eignung für das höchste Amt der Weimarer Republik sei.

Statt staatstragender Bekleidung, im damaligen Deutschland natürlich am besten als Paradeuniform, vulgo „voller Wichs“, die wenn auch geräumige Badehose – Skandal!

Und selbst ohne vorliegende soziologische Untersuchung kann davon ausgegangen werden, daß auch 1975 nicht wenige Bremer Bürger Schlips und Kragen als textile Mindestausstattung für eine Magnifizienz hielten – und ebenso, daß der „stern“ gegen ein kleines Skandalchen nichts einzuwenden gehabt hätte. Der damaligen Unileitung aber gebührt das Verdienst, die These „Unter den Talaren – Muff von tausend Jahren“ radikal, evident, historisch bewußt und in persönlichem Einsatz widerlegt zu haben – ein Bremer Modell eben.

Till Schelz-Brandenburg

## Kleines Chaos, keine Mehrheit – so begann die Ära Timm

BUS Nr. 67, Februar 2002

Ein Archiv ist nicht für die Zukunft, sondern für die Vergangenheit zuständig – damit die in Zukunft nicht vergessen wird. Als wohl letzte Einrichtung der Universität, die unter der Ägide von Jürgen Timm geschaffen wurde, beschreibt das Zentrale Universitätsarchiv, wie aus dem Professor der Rektor Timm wurde.

Ein Rektor, Alexander Wittkowsky, tritt zurück, ein vor kurzem gewählter Konrektor, Jürgen Lott, folgt ihm, ein weiterer Konrektor, Jürgen A.E. Meyer, wird zwar gewählt, anschließend aber von einer einflußreichen Gruppe von Hochschullehrern boykottiert, die sich weigern, unter seinem Vorsitz zu tagen. Auf die Ausschreibung der Stelle als Universitätschef bewerben sich zwar neun Kandidaten, einer aber nicht: Laut Radio Bremen wird dem Ex-Rektor der Universität Heidelberg, Rolf Rendtorff, aus dem Wissenschaftsressort unverblümt erklärt, der Senator werde ihn auch dann nicht zum Rektor berufen, wenn er vom damals dafür zuständigen Konvent mit Mehrheit gewählt würde.

Gleichzeitig laufen Exmatrikulationsdrohungen gegen Studierende, die die Erhöhung der Sozialwerksabgaben bei gleichzeitiger Einschränkung der Leistungen boykottieren, und es gibt Bestrebungen, hauptsächlich der studentischen Vertreter im 60-köpfigen Gremium, die Wahl nicht in die letzten Wochen der Legislaturperiode des Konvents zu legen, sondern dessen Neuwahl abzuwarten: Das waren die Umstände, unter denen sich Ex-Konrektor Jürgen Timm für die Leitung der hiesigen alma mater bewarb – und zwar zunächst mit einem schlichten Zweizeiler.

Das Protokoll der Konventssitzung vom 2.6.1982 unter dem Tagesordnungspunkt „Vorbereitung der Wahl des Rektors“ vermeldet: „Frau Cords erklärt für die Juso-Hochschulgruppe, daß ein Kandidat Timm nicht wählbar sei [...] Frau Barloschky [Vertreterin des MSB Spartakus] schließt sich dem an – zudem sei ein möglichst breiter Konsens – wie von Herrn Albers [wer jetzt an den aktuellen Bremer SPD-Vorsitzenden denkt, liegt richtig] für die „DH“ [eine Gruppe von Hochschullehrern links von der SPD] vertreten – zu finden.“. Das Plädoyer dieser Gruppen für eine Verschiebung der Wahl bis zum Beginn des Wintersemesters wird von der Liste „Reformhochschule“ – hier waren die sozialdemokratischen Hochschullehrer vertreten – mit dem Argument, die Universität dürfe nicht so lange ohne Leitung bleiben, abgelehnt. Es muß ziemlich aufgeregt zugegangen sein auf der Sitzung, so daß wohl manchmal die Orientierung verloren ging: Nachdem geheime Wahl beschlos-



von vorne nach hinten: Rektoren Timm, Wittkowsky, Steinberg und von der Vring, auf trojanischem Pferd im GWII während der 25 Jahr Feier der Universität Bremen 1996

sen wurde, tritt Detlev von Larcher, heute Mitglied des Bundestags aus dem Bremer Speckgürtel, damals als Dienstleister für die ötv-Liste im Konvent, mit dem Vorschlag einer namentlichen Abstimmung hervor. Schließlich wird der Antrag auf Verschiebung mit 29 Stimmen gegen 29 bei einer Enthaltung abgelehnt.

Auf Empfehlung des Akademischen Senats bleibt nur noch der Marburger Politologe Wilfried von Bredow als Konkurrent übrig, als am 23. Juni der Konvent zur entscheidenden Wahlsitzung zusammentritt. Zunächst wird geklärt, daß nicht die relative, sondern die absolute Mehrheit, also 31 Stimmen, für eine erfolgreiche Wahl notwendig sind. Sollte keiner im ersten Wahlgang diese Stimmenzahl erreichen, findet ein zweiter statt, habe der das gleiche Ergebnis, seien damit beide Bewerber dem Senat zur Bestellung vorgeschlagen. Es folgen die abschließenden Statements der Hochschulgruppen – das Protokoll hält u.a. fest: „Herr Müller verdeutlicht die Position der ‚SHL-Fraktion‘ [Sozialistische Hochschullehrer] zur Kandidatur von Herrn Timm; sie wird mit ‚nein‘ stimmen bzw. sich enthalten.“ Dann wird es spannend. Der erste Wahlgang hat zum Ergebnis: 29 Stimmen für Timm, 2 Stimmen für v. Bredow, 26 Enthaltungen – keine ausreichende Mehrheit also. Es folgt eine neuerliche Debatte, den zweiten Wahlgang zwecks Einigungsbemühungen („Herr Huffschmid fügt [...] hinzu, daß ein mit 29 Stimmen gewählter Rektor faktisch ein ‚Staatskommissar‘ sei.“ Protokoll, S. 3) zu verschieben, was mit 30 gegen 22 Stimmen abgelehnt wird. Neuer Versuch, Ergebnis: Timm 29 Stimmen, v. Bredow 1 Stimme, Enthaltungen 27. „Damit“, so das Protokoll abschließend, „sind beide Bewerber dem Senat der Freien Hansestadt Bremen zur Bestellung vorgeschlagen.“ Laut Anwesenheitsliste waren 59 Personen stimmberechtigt, wo die in beiden Wahlgängen fehlenden zwei Stimmen blieben, verrät das Protokoll nicht.

Till Schelz-Brandenburg

## Vom Segelfliegen und anderen „Verflechtungen“

BUS Nr. 68, April/Mai 2002

Die Universität Bremen konnte in ihrer Gründungsphase mit so manchen Neuerungen aufwarten. Ein Beispiel aus dem reichhaltigen Fundus an Vorhaben, die aus irgendwelchen Gründen nicht mehr aufzufinden sind, ist die Verflechtung von Universität und Stadt. Grundidee dabei war, dass schon die „baulich/räumlichen Maßnahmen eine wesentliche materielle Bedingung für soziale Prozesse darstellen“ (aus: ‚Universitätsstadt‘ Bremen, Planungsvorschlag Mai 1973, von Bissinger/Herlyn/Kiel). Städtische und universitäre Einrichtungen sollten bevorzugt in gemeinsamen Gebäuden untergebracht werden. Studierendenwohnheime, aber auch sonstige Wohnungen für bis zu 15.000 Menschen waren auf dem Universitätsgelände geplant, auf dass ein Beziehungsgeflecht unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichsten Bedürfnissen entstehe. Die Mensa, im Zentralbereich zusammen mit Freizeitanlagen und Geschäften angesiedelt, war als Haupttreffpunkt mit der Bevölkerung gedacht. Nebenbei bemerkt: Die Mensa sollte selbstverständlich für alle Menschen gleichermaßen zugänglich sein. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes sollte die räumliche Distanz Stadt-Universität verringern (geplant war der Ausbau der Straßenbahnlinie 6, ein Unterfangen, das immerhin 30 Jahre später bewerkstelligt wurde), durch Einkaufsmöglichkeiten die städtische Bevölkerung an die Uni gelockt werden.

Die Vorsätze ließen sich, v.a. mangels Geldes, schwer umsetzen, so dass schließlich dem Hochschulsport diese Aufgabe zufiel. Anfang 1972 startete der „Modellversuch Verflechtung zwischen Universität und Bevölkerung und dessen wissenschaftliche Begleitung“. Sport galt fortan als Beitrag zur Emanzipation, mittels handlungstheoretischen Ansatzes sollten Bildungs- und Klassenunterschiede spielerisch überwunden werden.

In einem Prospekt von 1973 formuliert der Hochschulsport seinen Ansatz: Vielseitigkeit gegenüber Spezialisierung, soziale Kontakte gegenüber Leistungsprinzip. Der Sport soll für alle kostenlos sein, damit die sowieso meist privilegierten Studierenden nicht zusätzlich begünstigt werden, weil sie kostenlos Sportveranstaltungen besuchen können im Gegensatz zur Bevölkerung, die schon an-

derswo erst mal Vereinsgebühren entrichten muß. Es geht dem Unisport nicht darum, immer neue Rekorde aufzustellen, auch wird Sport nicht als Spiel im Gegensatz zur ernstzunehmenden Arbeit entwertet, sondern Ziel und Zweck ist, mittels körperlicher Betätigung die Kommunikation von Angehörigen sozial verschiedener Schichten zu ermöglichen. Dieser Kontakt soll die soziale Distanz mindestens bewusst machen, bestenfalls überwinden.

Mit überzeugenden Angeboten wird dieser Plan auch umgesetzt. So findet sich im SS 1973 neben Fußball, Fitness, Spielen, Volleyball und Schach auch das Segelfliegen, angeboten von Detlef von Larcher. Es scheint jedoch seltsamerweise dem Grundbedürfnis der allgemeinen Bevölkerung nicht allzu sehr entsprochen zu haben, zumindest taucht „Segelfliegen“ im WS 1973/74 nicht mehr auf, – und der Verflechtung gelang es schließlich nicht, den Kuhgraben zu überwinden.

Nicole Stöbener

## Eine irre Korrespondenz

BUS Nr. 72, Februar 2003

Wer die Lösung der Quadratur des Kreises sucht, ein perpetuum mobile oder nur schlicht über die Sinnlosigkeit heutiger Wissenschaft kurz und knapp informiert werden möchte, der muß nur Rektor der Universität sein.

Da erhält er die Lösung der „Subjekt-Objekt-Beziehung“ – für ein relativ bescheidenes Honorar, nämlich die „Verleihung des Titels Prof. Dr.“. Oder die Erweiterung des Lehrangebots durch einen „in Californien ausgebildeten Andrologen“, der Anfang der 90er Jahre ein „permanentes Lehrangebot“ „in den oberen drei Stockwerken des MZH“, bestehend aus „Singen, Altdänisch, Lyrik, Sensualität, Rechnen“, immer sonntags (8 bis 20 Uhr) und montags (8 bis 13 Uhr) anbot. Weit weniger interdisziplinär kommt da schon die Erfindung eines sauberen Energieträgers mittels „Rotationsmediumdynamischer Scheiben mit spiralgelbem Untersatz zur Hebung des Untersatzes (mitsamt Rotationsdeckel) aufgrund von Sog unter Wirbel“ daher, dessen Anschreiben sich dafür an „Liebe Leute – Gentlemen“ richtet und mit „Shalom-Salam-Saluton“ endet. Aber auch die letzten Dinge kommen nicht zu kurz: Ein Braunschweiger teilt mit, seine Herkunft verweise auf den von Nostradamus prophezeiten Erleuchteten, welcher selbige Tätigkeit er nun auch ohne Verzug aufnimmt und uns darüber belehrt, daß alle bisherige Bibelübersetzung nur „Kanaan-Platt“ sei, weil ohne Berücksichtigung der „Schlüssel“ gefertigt. Ein anderer fühlt sich mittels multimetallischer Zahnprothesen von finsternen Mächten verfolgt, weshalb er sich vorsichtshalber an sämtliche Universitätsrektoren Deutschlands wendet. Und immer wieder wird zu Kreuzzügen u.ä. gegen das „paulinische“ Christentum aufgerufen.

Die Verwaltung, für die auch das absurdeste Anliegen zunächst ein Vorgang ist, ließ sich auch nicht lumpen: Das Schreiben eines V. Alexander V.-M, „Abschl. a.d. Universität –w-med.-Stud.aufgesch.“, beginnend mit: „Resultierend des emp.w./wissenschaftlichen Volumens aufgrund des rationalen Bedürfnisses der über 32 jährigen emp.w./wissenschaftlichen Entwicklung ts 2.1990 – natürlich realistisch...“ regte die Phantasie des Erstbearbeiters an. Er bemerkte, wegen „der Bedeutung und Komplexität des Falles ist m.E. Leitungshandeln erforderlich“, was die Leitungsebene mit „Hast Du 1 Rad ab?“ möglicherweise nicht formvorschriftsmäßig, aber verständlich kommentierte.

Blieb schließlich noch die Frage, wie das offenbar rasch anschwellende Aktenkonvolut zu betiteln sei. Gefundene Lösung: „Korrespondenz mit Irren.“

Till Schelz-Brandenburg

## Die unbekannte Dame der Arbeiterbewegung

BUS Nr. 81, Februar 2005

„Auch wenn ich weiß, daß meine Lesefrüchte manchmal nicht freundlich aufgenommen werden...“. Durchaus selbstkritisch aber letztlich unbeirrt und begeistert, rezitierte Hans-Dieter Müller, der langjährige und 1986 verstorbene Leiter der Kooperationsstelle Universität – Arbeiterkammer (KUA), die Funde seiner ausgiebigen Lektüre. Zu seinen „Lesefrüchten“ gehören auch die nachfolgenden Zeilen eines „unbekannten Dichters der Arbeiterbewegung“. Wer der Verfasser war, wann und aus welchem Anlass er - oder war es eine Sie? -, die Zeilen schrieb, und wo Müller sie fand, muss vorerst offen bleiben.

„Die Historiker veranstalten einen Kongreß  
Auf Beschluß des Historikerbundes  
Zwecks Eindringens in das Innere des  
Noch unerschlossenen Arbeiterseelengrundes.  
Da trafen sich die delegierten Weisen  
Mit Dietrichen, Schlüsseln und anderen Eisen  
An der Tür mit dem großen Fragezeichen  
Und bastelten da unverdrossen.  
Aber die Tür wollte nicht weichen;  
Sie blieb verschlossen.  
Und schließlich kamen sie überein,  
Es müsse eine ganz komplizierte Mechanik sein.  
Soeben begannen sie einen tiefen Disput  
Über: als ob, an sich und dergleichen.  
Da trat eine Frau ohne Doktorhut  
Aus der Tür mit dem Fragezeichen.

Die Historiker rümpften ihre Rüssel:  
Woher haben Sie denn den richtigen Schlüssel?  
Die Bestaunte aber sagte gelassen:  
Man braucht nur auf die Klinke zu fassen!  
Ich dachte beileibe noch nie daran,  
Daß man diese Tür auch verschließen kann.  
Die Historiker lächelten ob dieser Gans:  
Jaja, die heilige Ignoranz!  
Wollte man ein solch wichtiges Problem  
In so einfältiger Weise lösen,  
Brauchte man doch kein wissenschaftliches  
System  
Und außerdem  
Wäre ja auch der Kongreß dann nicht nötig ge-  
wesen.“

Wie man sieht: ein Poem aus längst vergangenen Tagen. Heute werden auch in Bremen Türen nicht mehr geöffnet, sondern dekomponiert, ist die Arbeiterbewegung zwar nicht weiter erforscht, aber doch die wissenschaftliche Betätigung mit ihr als bedauerlicher Irrtum erkannt.

Über die aufgezeigte Lösung schließlich, einer abstrakt-analytischen männlichen Wissenschaft weibliche Intuition und Neugierde an die Seite zu stellen, läßt sich wegen der geschlechtsspezifischen Zuschreibungen trefflich streiten. Müller sah darin zumindest eine Chance. „Vielleicht“, so hoffte er gegenüber seinen Kollegen, „gelingt es uns, die beschriebene Dame über die nächste Ausschreibung zu gewinnen.“ Allerdings wurde sie bis heute nicht gefunden. Oder vielleicht nie gesucht?

Sigrid Dauks

## Der Berg kreiste...

### Die lange Geschichte der UNI-Medizinplanung

BUS Nr. 83, Mai 2005

Man will den Beteiligten den guten Willen nicht absprechen, als sie 1969 die Sache im Gründungssenat zur Sprache brachten; folgten sie doch damals der Empfehlung des Gründungsausschusses der im Aufbau befindlichen Universität und des Wissenschaftsrates, der Bremen für ein vorklinisches Studium der Medizin vorsah.

Auch die zuständigen Senatoren waren von der Idee angetan, bis auf, ja, wie sollte es anders sein, den Senator für Finanzen, der etwas Wasser in den Wein goss, als er auf den Rahmen der Universi-

tätsinvestitionen bis 1985 hinwies, der nicht überschritten werden durfte. Nun ist gerade ein solcher Hinweis für Politiker eher kein Grund, von einer guten Idee zu lassen; Bremen war zu diesem Zeitpunkt schließlich noch Geberland im Länderfinanzausgleich.

Fröhlich ging man ans Werk mit einem Gutachten über die bauliche Integration im Bereich einer bestehenden Klinik. Die staatlichen Stellen traten in den notwendigen Abstimmungsprozess. Auch die Universität war nicht untätig. Die zuständige Planungskommission nahm die Arbeit auf, nicht im Bereich der Humanmedizin und Zahnheilkunde – wie es von staatlicher Seite angedacht war –, sondern in der Arbeits- und Sozialmedizin. Aber wie in solchen Fällen üblich, bedurfte es der inhaltlichen Absicherung der eigenen Position durch ein weiteres Gutachten. Das Ergebnis wiederum erforderte eine weitere Begutachtung in zeitnaher Folge. Unmittelbar danach erfolgte die Vergabe eines weiteren, na, Sie wissen schon.

Wir schreiben das Jahr 1978. Fast ein Jahrzehnt verging von der Idee bis zur „Realisierung“. Die darauf folgenden zehn Jahre sind sicher spannend verlaufen, leider jedoch im Bestand nicht dokumentiert. 1988, mit der Vorlage eines Memorandums, verfasst von Ärzten des Bremer Krankenhauses St.-Jürgen-Straße und der medizinischen Fakultät der Universität Göttingen, tritt der Realisierungsprozess in die entscheidende Phase: durch ein Gutachten! Danach folgen weitere Versuche der betroffenen Klinikärzte und anderer Kreise, Fakten zu schaffen. Dies bleibt jedoch folgenlos. Der Hinweis staatlicher Stellen im Jahr 1990, dass im Rahmen der Fortschreibung des Hochschulgesamtplanes die Frage, ob und wie ein Medizinstudium in Bremen möglich sei, gegebenenfalls zu beantworten sein wird, führt letztlich zur Einstellung der Aktivitäten: 21 Jahre nach der ersten Beratung im Gründungssenat.

Zentrales Archiv

## Weg mit den Schirmbildwagen! Über das Röntgen und die Bremer Uni

BUS Nr. 83, Mai 2005

Man will den Beteiligten den guten Willen nicht absprechen, als sie 1969 die Sache im Gründungssenat zur Sprache brachten; folgten sie doch damals der Empfehlung des Gründungsausschusses der im Aufbau befindlichen Universität und des Wissenschaftsrates, der Bremen für ein vorklinisches Studium der Medizin vorsah.

Auch die zuständigen Senatoren waren von der Idee angetan, bis auf, ja, wie sollte es anders sein, den Senator für Finanzen, der etwas Wasser in den Wein goss, als er auf den Rahmen der Universitätsinvestitionen bis 1985 hinwies, der nicht überschritten werden durfte. Nun ist gerade ein solcher Hinweis für Politiker eher kein Grund, von einer guten Idee zu lassen; Bremen war zu diesem Zeitpunkt schließlich noch Geberland im Länderfinanzausgleich.

Fröhlich ging man ans Werk mit einem Gutachten über die bauliche Integration im Bereich einer bestehenden Klinik. Die staatlichen Stellen traten in den notwendigen Abstimmungsprozess. Auch die Universität war nicht untätig. Die zuständige Planungskommission nahm die Arbeit auf, nicht im Bereich der Humanmedizin und Zahnheilkunde – wie es von staatlicher Seite angedacht war –, sondern in der Arbeits- und Sozialmedizin. Aber wie in solchen Fällen üblich, bedurfte es der inhaltlichen Absicherung der eigenen Position durch ein weiteres Gutachten. Das Ergebnis wiederum erforderte eine weitere Begutachtung in zeitnaher Folge. Unmittelbar danach erfolgte die Vergabe eines weiteren, na, Sie wissen schon.

Wir schreiben das Jahr 1978. Fast ein Jahrzehnt verging von der Idee bis zur „Realisierung“. Die darauf folgenden zehn Jahre sind sicher spannend verlaufen, leider jedoch im Bestand nicht dokumentiert. 1988, mit der Vorlage eines Memorandums, verfasst von Ärzten des Bremer Krankenhauses St.-Jürgen-Straße und der medizinischen Fakultät der Universität Göttingen, tritt der Realisierungsprozess in die entscheidende Phase: durch ein Gutachten! Danach folgen weitere Versuche der betroffenen Klinikärzte und anderer Kreise, Fakten zu schaffen. Dies bleibt jedoch folgenlos. Der Hinweis staatlicher Stellen im Jahr 1990, dass im Rahmen der Fortschreibung des Hochschulge-

samtplanes die Frage, ob und wie ein Medizinstudium in Bremen möglich sei, gegebenenfalls zu beantworten sein wird, führt letztlich zur Einstellung der Aktivitäten: 21 Jahre nach der ersten Beratung im Gründungssenat.

Zentrales Archiv

## „Soll erst einer sterben? Hochschulangehörige fordern Ampel“\*

BUS Nr. 90, Juli 2006

„Was ist wertvoller? 400.000 DM aus dem Haushalt oder ein Menschenleben?“ Diese Frage richteten Bremer Studierende an den Senat der Freien Hansestadt Bremen, nachdem am 27.10.1978 ein Student beim Überqueren der Universitätsallee/Höhe Bibliotheksstraße angefahren wurde. Seit Jahren schon forderten sie eine Ampelanlage am Übergang NW 1/Bibliotheksstraße, so dass Universitätsangehörige nicht mehr nur unter Lebensbedrohung ihre verschiedenen Seminare erreichen konnten; denn 1000 Autos innerhalb einer Stunde passierten diese Straße. Rolf Kleeberg, Sozialreferent des AStA: „Schon für Gesunde ist die Überquerung ein Wagnis, aber für Behinderte, wie Blinde und Rollstuhlfahrer, praktisch ausgeschlossen. Sie müssen immer warten, bis ihnen andere Studenten zur Hilfe kommen.“ (Bremer Nachrichten 3.11.1978) Zwar sah auch der Senat diese Gefahr, allerdings mangelte es offiziell wie so oft am Geld – oder am politischen Willen? Schon im Mai 1978 hatte der Senat den Umbau der Kreuzungsanlage beschlossen, ob allerdings Gelder da seien, das sollte mal erst davon abhängig gemacht werden, was vom Bau des Autobahn-Südzubringers übrig sei. (Durch dessen Bau wiederum das Verkehrsaufkommen enorm erhöht wurde!). Mit der Abrechnung könnte Mitte des nächsten Jahres gerechnet werden. Wie die Studierenden zwischenzeitlich gefahrlos ihre Veranstaltungen und die Mensa erreichen können, schien nicht relevant. In einem Flugblatt verschiedener Bremer Asten heißt es: „Machen wir den Behörden Dampf! Machen wir in der Öffentlichkeit bekannt, dass Hochschulangehörige offensichtlich Verkehrsteilnehmer zweiter Klasse sind (oder wie sonst ist es zu erklären, dass die Parkallee durch Nobelviertel Schwachhausen bestens gesichert ist, die Universitätsallee dagegen nicht?)“ Und weil sie nicht länger warten wollten, schritten sie selbst zur Tat.



Am 2.11.1978 sperrten mehrere hundert Studierende die Universitätsallee und zeichneten eigenmächtig einen überdimensionalen Zebrastreifen auf die Straße. Ihre Forderungen wurden auch vom Personalrat, dem Rektorat und dem Sozialwerk unterstützt. Diese Aktion sowie ständige Interventionen des AStA bei den zuständigen Behörden führten letztlich zum Erfolg: Am 21.12.1978 bewilligte die Deputation für Bau zunächst 250.000 DM für den Bau einer Ampelanlage sowie weitere 130.000 für Baustufe 2, eine allgemeine verkehrstechnische Entschärfung der Kreuzung.

Der Bau sollte zwischen Mitte Februar bis Mitte Mai 1979 erfolgen. Letztendlich ist es Ende Juni 1979, somit acht Monate nach dem Unfall, bis die Bauarbeiten in Gang kommen.

\*) Transparentspruch bei der Aktion

Zentrales Archiv

## Rauch in der Kaderschmiede

Bus Nr. 92, Dezember 2006

Dass nicht nur Funken fliegen, sondern auch Rauch aufsteigt, wo Kader geschmiedet werden, ist evident. Also war bei Gründung der hiesigen Anstalt natürlich nicht von einem Rauchverbot, sondern eher von einem Rauchgebot die Rede. Dokumentarisch mit der Videokamera eingefangen ist das Statement eines recht bekannten Ökonomie-Profes, der, die Glut seines Miniatur-Hochofens in einer Gremiensitzung anfachend, äußerte: „Sollte es mal ein Rauchverbot geben, bin ich sofort weg.“ - selbstverständlich qualmende Zustimmung.

Bekanntlich gehörten zur Grundausstattung der Studentenbewegten (masculinum), als deren in-stitutionelle Verwirklichung sich die Uni Bremen anfangs verstand, drei Dinge: Bart, Brille, Rauchware. Dabei kam es vor, dass Kinnacktheit und volle Sehstärke toleriert wurden, Nichtraucher allerdings unter keinen Umständen.



Erste Eindämmungsversuche der Wolkenbildung in den Seminaren, zumindest jener, die unmittelbar vom Verbrennen von Tabak herrührt, stammen aus dem Jahr 1975. „In allen Lehrveranstaltungen“, so heißt es in einer rektoralen Verfügung vom 3.12., „ist das Rauchen untersagt“, aber unter einer die demokratischen Grundwerte (für Raucher) krass negierenden Bedingung: „wenn dies von einem Teilnehmer ausdrücklich gewünscht wird.“ Leider gibt es keine zeitgenössischen Erhebungen, in wie vielen Seminaren ein solcher Antrag gestellt wurde; bekannt ist jedoch, welchen Anfechtungen sich ein Nichtraucher ausgesetzt sah: Da brachen Grundsatzdebatten über den reaktionären Charakter terroristischer Minderheiten los und auch Bemerkungen aus der Kiste: „Auch Hitler war Nichtraucher“ kursierten. Dies voraussehend, hatte der Rektor seinem Erlass eine ganzseitige Erörterung der Rechtsprechung deutscher Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte folgen lassen, die alle dem Passivrauchen die Qualität einer Verletzung des Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit zusprachen. Ein halbes Jahr später weitete er seine Verfügung sogar noch aus, nämlich auf alle Gremiensitzungen. Wieder aber war die Antragstellung durch eine Heldin oder einen Helden der versprengten Nichtraucherfraktion nötig.

Wie dem auch sei: Erst im Jahre 1988 wurden die erwähnten Verfügungen dahingehend modifiziert, dass nicht nur für die Lehrveranstaltungen und Gremiensitzungen, sondern auch für Aufzüge, Treppenhäuser und Gänge der Universität ein Rauchverbot erlassen wurde - ganz ohne ausdrücklichen Antrag.

Übrigens: Obiger Ökonomie-Professor lehrt - wie man hört, mit großem Erfolg - immer noch an dieser Universität.

Zentrales Archiv

„PS: Zieht bitte Schuhe aus und unterlasst das Rauchen.“

BUS Nr. 95, Mai 2007

Sie sah schon recht komplett aus, die neue Uni-Sporthalle, im Frühjahr 1978. Im damals üblichen funktionalen Design waren rund 42 Millionen DM verbaut worden. Die Nutzer, insbesondere die Studierenden des Studiengangs Sport, konnten aus der Diaspora der Halle am Horner Bad auf den Campus zurückkehren – eigentlich. Denn mangelte es der Halle auch an nichts, so fehlte doch die allerwichtigste Voraussetzung für den Betrieb, nämlich die Fachverwaltung, hier: ein Hallen- und ein Geräewart, deren Gehälter irgendwie im langjährigen Planungsprozess untergegangen waren.



Um die Sache selber in die Hand zu nehmen, rief der StugA Sport deshalb zu Beginn des Sommersemesters 1978 zur Besetzung der Halle auf. Doch nicht nur die räumlich unzureichende Situation war Anlass für Proteste. Wiederholt machten die Sportstudierenden mit Fahrrad-demonstrationen, Streikturnieren oder Go Ins beim Bildungssenator auf die schwierigen Studienbedingungen aufmerksam. Es fehlte vor allem an Personal (in der Lehre wie in der Verwaltung), mit der Folge,

dass Lehrveranstaltungen ausfielen und Projekte nur mit Mühe zu organisieren und durchzuführen waren.

Wie, so fragte der StugA Sport 1978, sollen bei einem Verhältnis von einem Professor für 60–100 Studierende (geplant 1:12) eine qualifizierte Ausbildung gewährleistet werden? Er sah vor allem das Projektstudium und die so genannten Blockeinheiten gefährdet. Das Konzept der Blockkurse galt als „das Kernstück der Reform der Bremer Sportlehrerausbildung“, da hier Theorie und Praxis der Sportarten miteinander sowie mit unterrichtsrelevanten Fragestellungen verknüpft wurden, um so Ziele und Inhalte eines „demokratischen Sportunterrichts“ (weniger leistungsorientiert, stärker gesellschaftsbezogen, selbstreflexiv) zu ermitteln und zu gestalten. Diese Ausbildungsziele konnten nach Ansicht der Studierenden von befristet eingestellten Lehrbeauftragten nur bedingt vermittelt werden, da ihnen die Qualifikation, die Zeit oder die Bereitschaft fehlte, um sich mit dem Reformkonzept auseinanderzusetzen. In den folgenden Jahren verschärfte sich die Personalsituation durch die politisch motivierte Verzögerung von Berufungen und eine rigide Sparpolitik des Senats jedoch weiter, bis schließlich die Komplettabwicklung des Studiengangs auf der Tagesordnung stand.

Kurzfristig Erfolg hatten die Studierenden mit der eingangs beschriebenen Besetzung. Sie konnten eine zunächst eingeschränkte Nutzung der Sporthallen erreichen. Der damalige Aufruf endete mit der Bitte, die Schuhe auszuziehen und nicht zu rauchen, natürlich um den neuen Hallenboden zu schonen.

Zentrales Archiv

## „Behörden- und Unimist“ – eine Akte entsteht

BUS Nr. 99, Februar 2008

Es war ein offenbar kreativer Kopf, der früh in den 80er Jahren, im allgemeinen als „Konsolidierungsphase“ in der Universitätsgeschichte angesehen, dringend die Empfehlung aussprach („An R über K“): „Um gesammelt darlegen zu können, in welcher Weise die Universität in einer effektiven Erfüllung ihrer Aufgaben durch die staatliche Bürokratie behindert wird, sollten alle Dezernatsleiter ‚angewiesen‘ [die Anführungszeichen sind wohl ein letzter Abglanz der ‚antiautoritären‘ Gründungs-Epoche] werden, eine Akte anzulegen, in der eklatante Einzelfälle zu sammeln sind.“ Noch am selben Tag war „K“, vier Tage später auch „R“ „einverstanden“, doch plagten den Kanzler Sorgen: „Eine solche gesammelte Darstellung“, ließ er anmerken, „muß sorgfältig unter Beiziehung der zuständigen Dezernate und von K überprüft werden, bevor Herausgabe an Hochschulöffentlichkeit und Senator denkbar.“

Die Akte wurde angelegt, eine themen- und sachgerechte Aktenführung hätte nun ohne weiteres ein überbordendes Konvolut hervorbringen müssen, doch blieb das von uns bislang gefundene Aufkommen überschaubar. Immerhin: Ein Bestandteil wurde ein Weihnachts- und Neujahrsschreiben des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kultur an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus

dem Jahr 1984, von unserem Initiator liebevoll kommentiert: So wird der senatorischen Aussage, „die Aussichten“ seien „schwieriger geworden“, die nicht unberechtigte Frage beigegeben, was eigentlich „schwierige Aussichten“ sind; und zum Politiker-Sprech, es werde „weiterhin verlangt werden, Schwierigkeiten mit hohem Einsatz zu meistern“, angemerkt, welcher Art dieser Einsatz sein solle „(Arbeit, Geld, Ignoranz?)“ oder ob damit der Gang zur Bremer Spielbank verlangt werde.

Ungeklärt allerdings muss bleiben, wer den zugegeben leicht tautologischen Aktentitel „Staatlicher Behördenmist“ dann in „Behörden- und Unimist“ verschliff.

Zentrales Archiv

## Archivgüter

Text in: BUS Nr. 101, Mai 2008

Dass es seit einigen Jahren ein Zentrales Universitätsarchiv gibt, hat sich zwar mühselig, aber doch unaufhaltsam in der Hochschule mit der einer öffentlichen Institution natürlich angemessenen Geschwindigkeit herumgesprochen. Noch aufklärungsbedürftig erscheint jedoch, was dort eigentlich alles gesammelt, präpariert, katalogisiert, kurzum: archiviert wird.



Selbstverständlich wird diese Gabe nach allen Regeln der Archivkunst behandelt. Zunächst also werden vergängliche, den Dokumentencorpus beeinflussende Gegenstände entfernt (Korken), sodann wird das Dokument aus seinem fragilen Behältnis umgebettet in Bio-Behältnisse, wobei es gleichzeitig eine ausführlichen Prüfung seiner Konsistenz erfolgt.

Denn das gängige Bild eines Archivs als Endlagerstätte tief verstaubten Papiers hält sich zwar hartnäckig, ist aber unzutreffend. Die hoffnungsvolle Aussicht auf Änderung dieses in Traditionen und Vorurteilen eingeeengten Denkens lässt sich jedoch nunmehr konstatieren:

Vor nicht allzu langer Zeit wurde uns bei der pensionsbedingten Auflösung eines hiesigen Bürohaushalts als Dokument damaliger Einzugsfestlichkeiten eine Flasche Rotwein überreicht, ein 1964er Rheinhessen aus Oberingelheim. Hier wurde geradezu exemplarisch demonstriert, dass sich Geschichtsbewußtsein nicht nur auf Beschlüssen und Protokollen zu gründen hat – das ganze Leben soll es schon sein.

Nach wie vor also gilt: Aus Gründen der Fähigkeit zu möglichst lückenloser Dokumentation sowie der Verbesserung des Betriebsklimas im Archiv wird die dringende Bitte an Alle ausgesprochen, sich am hier erwähnten Kollegen ein Beispiel zu nehmen. Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass wir diesbezüglich archivgesetzlich keineswegs auf das Gebiet Rheinhessen beschränkt sind. Auch EU-Regionen wie Bordeaux und Rioja fallen in unsere Zuständigkeit.

Zentrales Archiv

## Prima Klima

### Großräume statt kleiner Büros: Aus den Anfangszeiten der Bremer Uni

BUS Nr. 103, Oktober 2008

Interdisziplinarität, Transparenz, gesellschaftliche Relevanz und Praxisnähe, Projektstudium, Mitgestaltung in Form der Drittelparität waren nur einige der Reformansätze der Universität Bremen.

Doch nicht nur im Bereich von Lehre und Forschung, sondern auch was die Gebäudestruktur betraf, wurden neue Wege eingeschlagen. Der Verzicht auf Hörsäle machte u.a. den Weg frei für flexible teilbare Großräume. Im Mehrzweck-hochhaus, im Gebäude Geisteswissenschaften 2, in der damaligen Staatsbibliothek, um nur einige zu nennen.

Erfahrungen mit dieser Art Büro hatte von den Betroffenen keiner. Doch irgendwie musste es gehen. Kommunikation und Transparenz waren die Stichworte! Doch nach anfänglicher Euphorie stellte sich schnell Ernüchterung ein.

Während Hochschullehrer mit ihren Studenten arbeiteten, mussten, fünf Meter entfernt, die Dienstleister Verwaltungs- oder sonstige Arbeiten erledigen. Der Geräuschpegel war beträchtlich. Transparenz war in solchen Fällen eher schädlich. Gerade bei konzeptionellen Arbeiten war die Akustik ein Übel. Höhere Stellwände sollten Abhilfe schaffen. Da-

runter litt die Kommunikation. Studenten fanden Ihre Hochschullehrer nur schwer. Und das Klima... Stimmt, solche Büros brauchen eine Klimaanlage. Das war das eigentliche Problem.

Die Technik wurde den Anforderungen nur zum Teil gerecht. Das individuelle Empfinden der Betroffenen stimmte mit den veröffentlichten Messwerten nicht überein. Die Verärgerung unter den Betroffenen nahm stetig zu. Mal war es zu heiß, mal zu kalt. Mal war die Luftfeuchtigkeit zu hoch, mal zu gering. Extreme Zugluft sowie empfundener Sauerstoffmangel führten zu verminderter Arbeitsfähigkeit. Erkältungskrankheiten nahmen erheblich zu. Der Krankenstand stieg. Mitarbeiterkollegien, Abteilungsbesprechungen, Gewerkschaften, Personalrat, die studentischen Gruppen, der AStA und die universitären Gremien befassten sich mit dieser unbefriedigenden Problematik jahrelang.

Schließungen von Verwaltungsteilen wie z.B. der Zentralbibliothek im November 1974 waren so genannte Höhepunkte der Konflikte. Auch im Gebäude Geisteswissenschaften 2 eskalierte die Auseinandersetzung. In einem Protokoll eines Gesprächs zwischen Rektor und dem Personalrat bittet der Rektor die Mitarbeiter des Großraums in GW 2 in den Großraum wieder einzuziehen. Damit war der Konflikt aber nicht gelöst. Weitere Arbeitsgruppen befassten sich mit der Problematik. Einige Verbesserungen wurden erreicht. Die Unzufriedenheit jedoch blieb.

Diese Konflikte haben sicher dazu beigetragen, dass in der Folgezeit sensibler mit dem Thema Großraum umgegangen wurde. Dass es sich dabei nicht nur um ein Problem der Universität handelt macht die Auseinandersetzung in anderen Teilen der bremischen Verwaltung bis heute deutlich. Wie heißt es dort in einer Resolution von betroffenen Mitarbeiterinnen: Wir glauben nicht mehr an die Überlegenheit der Technik. Und weiter: Lieber gesund mit Low Tech als krank in High Tech!



Das war noch richtiges Studieren: Aufnahme eines Seminars mit Ex-Rektor Thomas von der Vring im Großraum des GW 2, April 1975

Zentrales Archiv

„Hört Ihr`s klingeln?“

Die neue Telefonanlage“

Text in: BUS Nr. 104, Oktober 2008

So beginnt der Aufruf des Personalrats (PR) zur Personalversammlung am 27.4.1988. Der Rektor der Universität Bremen, seiner Zeit Prof. Timm, beschließt, eine digitale Telefonanlage installieren zu lassen, ab 6.1.1989 soll sie in Betrieb gehen. Neben den vielen technischen Problemen, die fortan auftauchen sollen, gibt es auch schon im Vorfeld politischen Protest:

Der PR stimmt am 9.3.1988 der Beschaffung und Installation einer digitalen Telefonanlage zu, allerdings mit der Bedingung, dass kritische Punkte wie z.B. anfallende Datenerfassung oder die Gebührendatenverarbeitung in einer Dienstvereinbarung zu regeln sind. Er problematisiert die Zielnummernspeicherung, die Wahlwiederholtaste oder die Lautsprechfunktion sowie die Gefahr von Sekretariatsarbeitsplätzen, da die Folge von Büro-rationalisierung noch gar nicht abschätzbar sei. In einer vom PR in Auftrag gegebenen Stellungnahme Mitte Mai 1988 wird neben den Datenschutzrisiken das gesamte Verfahren der Anschaffung in Frage gestellt: mehrere Millionen DM sollen in eine nahezu vollständig mit digitalen Schnittstellen und Endgeräten ausgestattete Anlage gehen zu einem Zeitpunkt, wo die Technik noch nicht einschätzbar, es kaum Erfahrungen mit solch einer Anzahl geforderter digitaler Endgeräte und der geforderten kBit-Norm gibt.

Im November 1988 kritisieren MitarbeiterInnen des Fachbereichs 3 in einem offenen Brief an den Rektor, für den Fachbereich unterschrieben von Prof. Dr. H. Kubicek und Dr.-Ing. K. Meyer-Degenhardt, „(...) vor allem wird aber überhaupt nicht auf die sozialen und politischen Dimensionen der geplanten Anlage und das damit verbundene Konfliktpotential hingewiesen. (...) Die sozialen Risiken der Großtechnologie ISDN und ihrer lokalen Komponenten in der Form von digitalen speicherprogrammierten Nebenstellenanlagen sind nicht ausreichend erforscht, geschweige denn für die Anwendungspraxis beherrschbar gemacht. Es existieren trotz der Pläne der Bundespost, derzeit mit der bundesweiten Installation dieser Technik zu beginnen, weder technisch-organisatorische noch juristisch-normative Lösungen zur Beherrschung der Risiken einiger Nutzungsformen. (...)“ Mehrere Entwürfe einer Dienstvereinbarung des PRs gehen der Universitätsleitung zu weit, am 16.9.1989 finden Universitätsleitung und PR zu einem Kompromiss. Dies hinderte jedoch nicht daran, Jahr für Jahr die Vereinbarung zu überarbeiten und weitere Funktionen der Anlage in Betrieb zu nehmen: Wird gleich zu Beginn die Zielnummernspeicherung mit Ausnahme bei Stellen, die in sensiblen Bereichen arbeiten und Betreuungsfunktion übernehmen (PR, Beratungsstellen) akzeptiert, so wird zum Beispiel 1993 die ISDN-Anlage zur Datenkommunikation freigegeben, 1995 die Lautsprechfunktion und die Konferenzschaltung abgesegnet, im selben Jahr der Einrichtung eines Sprachspeichers im Sinne eines Anrufbeantworters mit Passwort zugestimmt...der Datenschutz bezüglich einer VoIP-Anlage ließ damals allerdings noch nicht grüßen.

Zentrales Archiv

## Schreibautomaten: „...und auf einmal war das 'Ding' da“

Text in: BUS Nr. 106, April 2009

Herbst 1981: Ein Skandal erschüttert den Fachbereich Biologie/Chemie der Universität Bremen. Durch einen „Trick“ ist es einem Hochschullehrer gelungen, einen „Schreibautomaten“ zu beschaffen, ohne den Personalrat zu informieren. Dabei dürfen ohne dessen Zustimmung an der Uni keine Textverarbeitungsgeräte gekauft und eingesetzt werden. Wie konnte das geschehen?

Der Hochschullehrer hat über die Fachbereichsverwaltung aus eigenen Mitteln ein Computersystem bestellt. Aus den Bestellunterlagen war (angeblich) nicht zu erkennen, dass es sich hierbei um einen Arbeitsplatzrechner handelte. Die Bestellung ging ihren bürokratischen Weg, „und eines Tages war das ‚Ding‘ da.“ Die MitarbeiterInnen des Fachbereichs sind empört und informieren den Personalrat.



Dieser sieht sich in seinem Mitbestimmungsrecht beschnitten – seit 1979 gibt es eine „Dienstvereinbarung über Arbeitsbedingungen beim Einsatz von automatischen Datenverarbeitungsanlagen

und Bildschirmgeräten „- und ruft nicht zum ersten Mal eine Teilpersonalversammlung der Schreibkräfte zu diesem Thema ein. Sie endet mit dem Beschluss, die Einführung von Textverarbeitungsgeräten an der Universität abzulehnen. Die Angestellten befürchten negative Veränderungen der Arbeitsinhalte und -abläufe durch Automatisierung, Dequalifizierung ihrer Tätigkeiten und Gehaltsminderungen, geringe Nutzungsmöglichkeit im konkreten Arbeitsprozess, Überwachung und Speicherung von Personendaten sowie gesundheitliche Schädigungen.

In den folgenden Jahren ringen Personalrat und Unileitung vor dem Hintergrund der rigiden Sparpolitik des Bremer Senats erbittert um den Personal Computer. Der Personalrat will Rationalisierung und die Vernichtung von Arbeitsplätzen verhindern, die Unileitung die wachsende Arbeitslast trotz Stellenstopp bewältigen.

1983 wird nach Einschalten der Schiedsstelle für sechs Monate ein Textverarbeitungssystem in den Fachbereichen Mathematik/Informatik und Wirtschaftswissenschaften getestet. Ziel ist es herauszufinden, ob und inwiefern mittels der EDV Routinearbeiten beschleunigt werden können und dadurch Kapazitäten für andere Arbeiten entstehen. Die Unileitung verspricht insbesondere den Schreibkräften, dass sie neben den Schreibebeiten neue Tätigkeiten übernehmen können und zu einer – ggf. besser bezahlten - „Kombikraft“ werden. In der Auswertung des Probelaufs erklärt der Personalrat die Arbeit an den „Probierautomaten“ für inakzeptabel, das Dezernat 2 hebt die positiven Effekte hervor.

Heute sind Arbeit und Studium ohne PC nicht mehr vorstellbar. Viele der damals beschworenen Gefahren sind nach wie vor aktuell: einseitige Arbeitsbelastung, Rationalisierung, Datenmissbrauch. Neue Risiken, wie Internetsucht, sind hinzugekommen. Doch wer will im Zeitalter von Google und Co. schon auf das „Ding“ im Büro verzichten?

Zentrales Archiv

## Rote Richter in schwarzen Roben?

### Die Einstufige Juristenausbildung im Parteien-Clinch

BUS Nr. 108, Juli 2009

Mit der Änderung des Deutschen Richtergesetzes vom 10.9.1971 wurde in §5b eine Experimentierklausel für die Dauer von 10 Jahren festgelegt. Diese Experimentierklausel sollte eine Gesamtreform der Juristenausbildung ermöglichen, wozu verschiedene Modelle erprobt werden sollten. Um dies umzusetzen wurde in Bremen im Juni 1973 das Bremer Juristenausbildungsgesetz verabschiedet.

Und damit fingen die Probleme an. Dieses Gesetz sah eine engere Verbindung zwischen Theorie und Praxis sowie eine soziale Komponente vor. Aber sowohl die CDU Fraktion in der Bremer Bürgerschaft als auch die Hanseatische Anwaltskammer hatten ihre Probleme mit dem Juristenausbildungsgesetz. Also klagten sie dagegen vor dem Bremer Staatsgerichtshof. Dieser urteilte im September 1974, dass das Juristenausbildungsgesetz in zwei Punkten nicht mit der Bremer Landesverfassung vereinbar sei: die Studieninhalte und die Besetzung des Ausbildungs- und Prüfungsamtes. Sowohl die Hochschullehrer als auch die Studenten, die dem Prüfungsamt angehörten, waren Mitglieder der SPD, des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), des Marxistischen Studentenbundes (MSB) oder gar des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV) und Kommunistischen Studentenbundes (KSB). Diese Tatsache war wohl ein „rotes Tuch“ für die CDU. Sowohl die SPD, die das Gesetz im Bremer Senat beschlossen hatte, als auch die klagende CDU fühlten sich nach dem Urteil als Sieger. Die SPD argumentierte, dass das Juristenausbildungsgesetz im Grunde akzeptiert worden sei, man müsse nur in den zwei angesprochenen Punkten Änderungen vornehmen.

Die CDU behauptete hingegen, die zwei angesprochenen Punkte seien die tragenden Säulen des Reformwerks und das Gesetz damit nichtig. Doch zunächst sollte die SPD Recht behalten. Nachdem die Studieninhalte angepasst und das Prüfungsamt unter die Rechts- und Fachaufsicht des Senators für Rechtspflege und Strafvollzug gestellt war, wurde das Bremer Juristenausbildungsgesetz

im Juli 1976 akzeptiert. Die CDU fand dies gar nicht gut, sie fürchtete sich vor roten Richtern in schwarzen Roben, die sich bei ihren Urteilen nicht auf Recht und Gesetz berufen, sondern bei denen die marxistische Ideologie eine Entscheidungshilfe sein würde.

Die CDU/CSU hatte so viel Angst vor den roten Juristen aus der roten Kaderschmiede, dass die Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU auf ihrer Konferenz im Oktober 1973 erklärten: „Wer in Bremen Jura studiert, wird nach Abschluss seiner Ausbildung aller Voraussicht nach keine Anstellung im öffentlichen Dienst der CDU/CSU regierten Bundesländer finden“.

Die CDU/CSU Bundestagsfraktion ließ das Bremer Juristenausbildungsgesetz wiederholt vom Bundesverfassungsgericht überprüfen. 1980 wurde die Experimentierklausel zwar noch einmal verlängert, jedoch stellte das Bundesverfassungsgericht im April 1983 fest, dass das Bremer Juristenausbildungsgesetz in seiner Fassung vom Juli 1976 nicht mit dem Deutschen Richterrecht vereinbar ist. Mit diesem Urteil war das Ende der Einstufigen Juristenausbildung in Bremen beschlossen. Sie lief 1985 aus.

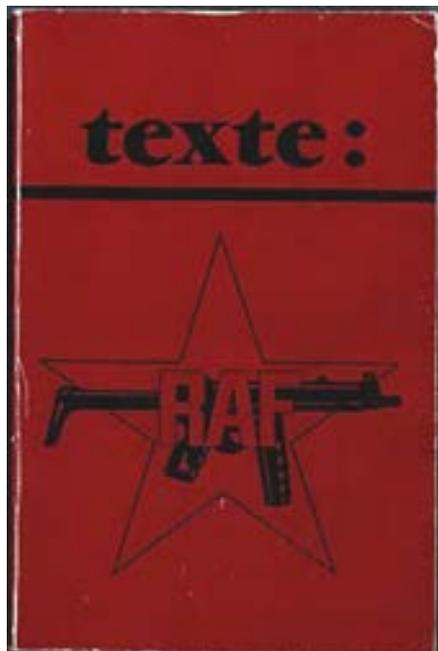
Filipp Bauer, Praktikant Zentrales Archiv

Nachträgliche Berichtigung: Das Bundesverfassungsgericht urteilte nicht über die Verfassungswidrigkeit, sondern stellte das Verfahren lediglich ein.

## a pol 085 2 bp 908 – Beschlagnahme!

BUS Nr. 109, Oktober 2009

Wer sich vor 30 Jahren, im Sommer 1979, in der Universitätsbibliothek auf die Suche nach dem Titel mit der Signatur „a pol 085 2 bp 908“ machte und am gekennzeichneten Standort nachschaute, fand dort statt eines Buches lediglich einen Platzhalter, auf dem folgende Auskunft zu lesen war: „Ausleihbares Exemplar beschlagnahmt. Vitrinen-Exemplar beim Kanzler unter Verschluss. 3. Ex.: Beim Fachreferenten für Politik erfragen.“ Was verbarg sich hinter diesem seltsamen Hinweis auf eine polizeiliche Beschlagnahmung – die bundesweit erste in einer wissenschaftlichen Bibliothek seit 1945?



Die Signatur „a pol 085 2 bp 908“ kennzeichnet das Freihandexemplar des Buches „Rote Armee Fraktion. Texte“, einen 1977 erschienenen Sammelband mit Bekennerschreiben der RAF, programmatischen Grundsatzserklärungen und Briefwechseln zwischen Angehörigen der „Ersten Generation“. Die „Texte der RAF“ wurden im Februar 1978 durch die Bundesanwaltschaft verboten, wo es möglich war, beschlagnahmt und gegen die Herausgeber ein Verfahren angestrengt. Im Oktober 1978 tauchten erstmals Ausgaben dieser Schrift auf einem Büchertisch an der Universität Bremen auf und wurden dort umgehend von der Polizei sichergestellt. Zur gleichen Zeit erwarb der Fachreferent für Politik der Universitätsbibliothek im Rahmen seiner Aufgabenstellung - der „Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte“ zu dienen - in Frankfurt zwei Exemplare der „Texte der RAF“, ein Exemplar für den Ausleihbestand der UB und das zweite als Archivstück. Drei Monate später, am 30. Januar 1979, wurde bei ihm ein junger Benutzer vorstellig, der angab, er habe das Freihandexemplar eine Woche zuvor entliehen und zum 13. Kommissariat (Politische Polizei) in Bremen gebracht, wo es unter Hinweis auf den Einziehungsbescheid der Bundesanwaltschaft beschlagnahmt worden sei. „Er tue nur seine Pflicht als Staatsbürger.“ Der Benutzer, der sich als leitendes Mitglied der Jungen Union Bremen ausgab, erklärte zudem gegenüber dem Fachreferenten für Politik, er sei auch für die Beschlagnahme der anderen zwei Exemplare im Oktober des Vorjahres verantwortlich gewesen.

Der Vorfall löste sofort heftige, sowohl außer- als auch inneruniversitäre Reaktionen aus. Die Direktion der Universitätsbibliothek richtete sich umgehend an den Kanzler und betonte, dass sie „eine wissenschaftliche Einrichtung ist, die wertungsfrei und ohne jede Zensurfunktion die Mittel zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu stellen hat“. Die Beschlagnahmung der „Texte der RAF“ verletze die durch das Grundgesetz garantierte Informationsfreiheit als Voraussetzung für Forschung und Lehre. Eine Kontrolle, ob die Nutzer die Bestände der UB tatsächlich für wissenschaftliche Zwecke gebrauchen, dürfe es nicht geben.

Auch unter den Studierenden fand die Beschlagnahmung Beachtung: z.B. verteilte der Kommunistische Bund - Hochschulgruppe am 8. Februar in der Mensa ein Flugblatt unter der Überschrift „Vorsicht: Denunziant?“. Steckbriefartig wurden dort der volle Name, die Adresse des Entleihers sowie ein Foto von ihm abgedruckt.

Im unteren Teil des Flugblattes war mit großen Lettern zu lesen:

„DAS GRÖSSTE SCHWEIN IM GANZEN LAND – IST UND BLEIBT DER DENUNZIAN“.

Am 9. Februar meldete sich die Universitätsleitung zu Wort und verurteilte die Beschlagnahmung. „Die Universität kann und wird die Beschlagnahme der Dokumentation [...] nicht hinnehmen“, so der Rektor und weiter: „Maßnahmen der geschilderten Art stellen nach meiner Auffassung einen Eingriff in die Aufgaben wissenschaftlicher Bibliotheken und Hochschulen dar.“ Inzwischen hatte das Polizeiamt die UB aufgefordert auch das Archivexemplar der „Texte der RAF“ an die Sicherheitsbehörden abzuliefern, doch konnte diese zweite Beschlagnahmung abgewendet werden, indem der Kanzler das Sicherungsexemplar in Verwahrung nahm. Daraufhin bemühte sich der Leiter der Universitätsbibliothek ein erneutes, drittes Sicherungsexemplar der Schrift zu erwerben, was ihm auch gelang. Diese dritte Ausgabe der „Texte der RAF“ wurde aber sofort im Schreibtisch des Fachreferenten für Politik verwahrt und gelangte vorerst nicht in den Ausleihverkehr. Gegen diese Praxis erhob der Senator für Wissenschaft und Kunst Einspruch. Er hatte bereits eine Woche zuvor gemahnt, dass ein erneuter Kauf des Buches auf jeden Fall zu unterbleiben hätte. Es entspann sich in der Folge ein Konflikt zwischen Senator und Universitätsleitung bzw. Direktion der UB, der noch bis nach der Rückgabe des beschlagnahmten Exemplars der „Texte der RAF“ andauerte.

Die Bearbeitung des Antrages zog sich bis Juni 1979, bis das zuständige Gericht, das Oberlandesgericht Stuttgart, endlich feststellte: „Das im Eigentum der Universität Bremen stehende Exemplar des Druckwerks „texte: der RAF“ [...] wird der Universität Bremen zurückgegeben. [...]“ Die Universität erfuhr erst einen Monat später von diesem Urteil und es dauerte noch einmal bis September 1979 bis das sichergestellte Buch der Bibliothek zurückgegeben wurde. Damit standen die „Texte der RAF“ sieben Monate nach ihrer Beschlagnahmung wieder auf ihrem Platz im Regal in der UB. Sie sind heute nach wie vor unter der Signatur „a pol 085 2 bp 908“ ausleihbar. Im Einband eingeklebt findet sich der Freigabebeschluss des Oberlandesgerichtes Stuttgart.

Johannes Beermann, Praktikant im Zentralen Archiv

## Versteckt – Gefunden – Verschwunden.

### Kritische Kunst im Öffentlichen Raum

Bus: Nr. 112, April 2010

„Die Bücher von heute sind die Taten von morgen.“ Dieses Zitat von Heinrich Mann diente 1978 als Motto für den Wettbewerb zur Gestaltung einer Wandfläche an der Ortsleihe in der Bremer Universitätsbibliothek. Unter 101 eingesandten Entwürfen entschied sich die Jury für das Modell von Wolfgang Hainke.

Der in Ganderkesee lebende Künstler hatte die Cover nationalistischer und nationalsozialistischer Bücher aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf Acrylglas reproduziert und zu einem dreiteiligen Wandobjekt montiert. Die Bücher hatte er zufällig auf dem Dachboden seines Wohnhauses gefunden; sie waren dort 1944 vom Vorbesitzer, einem Lehrer, versteckt worden. Die ersten beiden



Tafeln zeigen „Bücher von gestern“ und sollen nach Hainke daran erinnern, „was geschichtlich längst Tat-Sache geworden ist.“ Die dritte Tafel besteht aus Leerfeldern und gibt Raum, um das Kunstwerk mit eigenen Interpretationen zu füllen.

Im Juli 1980 wurde die Wandinstallation „Muster-Bücher (Bücher ohne Wert)“ der Bremer Öffentlichkeit übergeben. Die Besucher waren in ihrer Meinung sowohl über die historisch-politische Aussage als auch den künstlerischen Wert gespalten. Die Bremer Nachrichten erklärten: „Diese Visualisierung einer interessanten Idee – wenn man sie denn unbedingt als ‚Kunst‘ bezeichnen will, hat jedenfalls ästhetischen Rang und ist außerdem sinnvoll in den Bibliotheksrahmen eingepasst. Daß sie zu Streit und Polemik herausfordern wird oder könnte, ist zu hoffen.“

Allerdings war eine Auseinandersetzung mit den Bildinhalten nur bis Mitte der 1990er Jahre mög-



lich. Die Bibliotheksleitung ließ die Wandtafeln mit einem Vorhang verhüllen und versuchte, ihre Entfernung zu erreichen. Dieser Schritt wurde offiziell nicht begründet (oder die entsprechenden Dokumente sind noch nicht gefunden worden). In Gesprächen mit Studierenden und Lehrenden der Universität, die versuchten, den Vorhang zu lüften, wurde u.a. erklärt: Das Kunstwerk sei „schwer lesbar“, seine historisch-kritische Aussage werde von den Besuchern der Bibliothek, v.a. ausländischen, nicht verstanden. Außerdem sei es wiederholt von Alt- u. Neo-Nazis zu Propagandazwecken missbraucht worden. Darüber hinaus werde der Platz für Ausstellungen gebraucht.

2002 wurde das Kunstwerk im Rahmen von Umbaumaßnahmen abgehängt. Nach Abschluss der Renovierungsarbeiten fand sich in der Bibliothek kein geeigneter neuer Standort, so dass der Künstler schließlich 2008 für eine Überführung in das Magazin der Kunsthalle Bremen sorgte. Dort soll die Installation eines Tages wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dann sollte die Frage nach Funktion und Dauer von Kunst im öffentlichen Raum ebenso diskutiert werden wie jene, wer mit welcher Legitimation über ihre Zugänglichkeit verfügt.

Zentrales Archiv

## Hiergeblieben!

### Wie die Uni Jens Scheer unbedingt halten wollte ...

BUS Nr. 114, Juli 2010

Eines der aufsehenerregendsten und langwierigsten Berufsverbotsverfahren in der Geschichte der Bundesrepublik waren ohne Zweifel die Bemühungen des Bremer Senats, den Atomphysiker und Mitbegründer der wissenschaftlichen Kritik an der Atomenergie, Prof. Jens Scheer, wegen politischer Betätigung für die maoistische KPD aus dem Studiengang Physik zu entfernen. Insgesamt lief das Verfahren über ein Jahrzehnt unter Einbehalt der Hälfte der Bezüge. Ende der 80er Jahre, die inkriminierte KPD hatte sich bereits 1980 aufgelöst, wurde Scheer vollständig rehabilitiert, und auf der 20-Jahr-Feier der Uni 1991 konnte so der damals federführende Bildungs- und Wissenschaftssenator Horst-Werner („Thomas“) Franke auf die Frage, was sein schönster Misserfolg gewesen sei, antworten: „Dass der Rauswurf von Scheer nicht geklappt hat.“

Ab da allerdings wurde der Professor mit besonderer Sorgfalt umhegt, wovon er selber einige Zeit später zu berichten weiß. Eingeladen von der Friedrich-Ebert-Stiftung, im Landtag von Sachsen-Anhalt einen Vortrag zu halten, arbeitete Scheer bis spät in die Nacht in seinem Uni-Büro. Seinem Bericht an die Gebäudebetriebstechnik NW 1 vom 21.6.1993 zufolge ging es dann so weiter:

Etwa um 4.50 Uhr wollte ich das Gebäude verlassen; die Magnetkarten-Kontrolllampe lief korrekt auf ‚grün‘, dennoch blieb die Tür verschlossen.

Bei der offiziellen Fluchttür am Westende des Südblocks war der in dem Kästchen vorgesehene Schlüssel nicht vorhanden.

Alle sog. Panik-Hebel an den anderen Türen waren mit einem Schloss verriegelt. Es gelang mir schließlich, das Gebäude auf unkonventionelle Art zu verlassen. [...]



Wie mir mitgeteilt wurde, hat wiederum ein Wachmann ‚im Tran‘ die Südtür verschlossen. Dies wurde mir, als dasselbe tagsüber bereits einmal geschehen war, damit erläutert, der Mann hätte kurz vorher einen Verkehrsunfall gehabt und sei deshalb nicht ‚bei der Sache‘ gewesen.“

Der Übereifer des politischen Senats, Scheer loszuwerden, war teuer, wurde ihm doch nicht nur die Rückzahlung des einbehaltenen Gehalts, sondern auch die entsprechenden Zinsen zugesprochen, so dass der damalige Finanzsenator um – gewährte – Ratenzahlung bat. Der Übereifer der Uni, Scheer unbedingt zu behalten, war da billiger: Für den verpassten Zug nach Magdeburg musste Scheer dann ein Taxi nehmen, „den Fahrpreis von DM 500,- abzüglich des Bahnpreises von DM 43,- (Bahncard!), also 457 DM, erlaube ich mir, Ihnen in Rechnung zu stellen.“

Zentrales Archiv

## Uni-Archiv, die allererste

BUS Nr. 115, Oktober 2010

Der zweite Rektor der Universität (1974-1977), Hans-Josef Steinberg, war Historiker. Kein Wunder, dass er auf die Idee kam, die damals noch üppig sprudelnde Flugblattproduktion der politischen Gruppen zu sichern, lehrte er doch in seinen Veranstaltungen vor allem den sorgsam Umgang mit Quellen.

So bewegte sich sein persönlicher Referent jeden Morgen durch die Gebäude, um die neuesten Ankündigungen von Stamokaps, Spontis, Maoisten, Trotzisten etc. einzusammeln und in einen kleinen Abstellraum zu verbringen. Dies machte er mit solchem Geschick, dass ihm einige Zeit später im Bremer Senat das Ressort für Inneres anvertraut wurde. Die Inventarisierung und geordnete Lagerung allerdings blieb so offensichtlich selbst hinter einfachsten Standards des Archivwesens zurück, dass beim Umzug des Rektorats nach Steinbergs Rücktritt eine Reinigungskraft sich der papierenen Müllhalde annahm und sie kurzentschlossen entsorgte. So verglühte recht profan der erste Hoffnungsfunke eines Universitätsarchivs.



Prof. Dr. Hans-Josef Steinberg

Universitätsarchiv Bremen

## Protest-Hähnchen

BUS Nr. 117, Februar 2011

Im April jährt sich zum 40. Mal der Einzug in das erste Gebäude der Universität, das GW 1. Der Gründungsrektor, die wissenschaftlichen PlanerInnen und die Verwaltung bezogen am 16.4.1971 das neue Domizil.

Im Februar 1970 beschloss die Landesregierung in ihrem Sonderbauprogramm, am Rande des Uni-geländes - ohne Beeinträchtigung der bereits bestehenden Planungen - drei dreigeschossige Bauten mit Verbindungsgang zu errichten, welche im April 1971 bezugsfertig sein sollten. Bezuschusst wurde diese Schnellbaumaßnahme mit 50% durch den Bund, da die Vorziehung der Unieröffnung von 1973 auf 1971 begrüßt wurde, um den wachsenden Bedarf an Studienplätzen decken zu können. Die geplanten neuen Bauten sollten Platz für 700 Studierende, 100 Verwaltungsangestellte und

ca. 70 Lehrkräfte für Geisteswissenschaften und Lehrerbildung bieten, bei einem Belegungsplan der Lehrräume von 17m<sup>2</sup> für vier Personen als Faustregel.



Am 6.7.1970 wurde mit dem Bau begonnen, insgesamt 6500 Tonnen Fertigteile herangeschleppt, damit 48000 Kubikmeter Raum umbaut und 2800 laufende Meter Stützen für die Decken installiert. Am 5.11., nach nur vier Monaten Bauzeit, war es soweit: Der Richtkranz schmückte die ersten Rohbauten der neu zu schaffenden Universität - und mit ihm kam auch der erste Protest an die Uni. Laut der Richtfestbestimmung des Rechnungshofes war auf jeden zehnten zu beköstigenden Bau-arbeiter nur ein Gast auf Staatskosten zugelassen. Dem Uni-

versitätsbauamt (UBA) wurden sechs Karten zugewiesen, eine davon erhielt Gründungsrektor von der Vring; andere Mitglieder des Gründungssenats gingen leer aus wie auch die sonstigen Bediensteten der Universität. So kamen einige von ihnen eben eigenständig, trugen ein Plakat mit der Aufschrift: „Reformuniversität - ja, Richtfestreform - ??“, kletterten ins Trockene und feierten ihr eigenes Richtfest mit selbst organisierten gebratenen Hähnchen, während die Geladenen in stürmischer Kälte noch auf die Ausgabe der versprochenen Erbsensuppe mit kleiner Einlage warteten. So manch Einer kam in Konflikt, bei den Offiziellen zu verweilen oder nicht doch einen Happen der duftenden Hähnchen zu ergattern.

So verlief selbst das Richtfest nicht ohne Konflikte. Als Freese, der Leiter des UBA an diesem denkwürdigen Tag endlich sein Rede hielt – die Prominenz hatte zu diesem Zeitpunkt das Gelände wegen dringender Termine schon wieder verlassen – erklärte er, dass die Bauten trotz aller Auseinandersetzungen um die Bremer Uni nicht mehr wegzudiskutieren wären. Oder, wie es der Bauführer in seiner Richtfestrede ausdrückte: „Herr Freese jubelt früh und spät – schon wieder ein Stück Universität. [...] Es sprach sich schnell herum, der Plan ist ein Politikum. [...] Ein Gründungskanzler ist schon da, nun kommt wohl bald das Mobiliar.“

Und der Zeitplan wurde eingehalten: Ende März wurden die Möbel bestellt, im April trudelten sie ein und am 18.4. tagte der Gründungssenats zum ersten Mal im GW1 Block A EG. Der Anfang war gemacht.

Universitätsarchiv Bremen

## MAKS – kann man das essen?

BUS Nr. 121, Oktober 2011

Mit der Einführung der Drittelparität an der neugegründeten Bremer Universität wurden allen Angehörigen der Hochschule gleiche Mitbestimmungsrechte in allen Gremien und zu allen Fragen eingeräumt. Drittelparität bedeutete, dass neben den HochschullehrerInnen und Studierenden auch die MitarbeiterInnen des sog. Dienstleistungsbereichs ein Drittel aller Sitze in den Gremien der Hochschulselbstverwaltung besetzen konnten.

Doch es wurde noch weitere Rechte der Mitgestaltung geschaffen. Am 19.4.1974 beschlossen die KollegInnen des Dienstleistungsbereichs auf einer Vollversammlung die Einführung der direkten Mitwirkung am Arbeitsplatz durch das Mitarbeiterkollegium (MAK). Eine Idee, die von der dama-

ligen Uni-Leitung eingebracht wurde und anknüpfte an ähnliche Überlegungen zur Arbeitnehmermitbestimmung im Bereich der gewerblichen Wirtschaft.

Diese Mitgestaltung erstreckte sich auf alle personellen, sozialen und organisatorischen Fragen der Arbeit sowie die Behandlung allgemeinpolitischer Fragen der Hochschulentwicklung. Sie reichte von der Büroausstattung über Personalauswahlverfahren bis zur Neu- oder Umorganisation von Arbeitsbereichen. Die Sitzungen sollten mindestens alle 14 Tage stattfinden und hatten Vorrang vor allen anderen dienstlichen Verpflichtungen. Die Leitungsgremien und Dienstvorgesetzte hatten die MAKs rechtzeitig von anstehenden Entscheidungen zu informieren.

Die Aktivitäten der MAKs nahmen in den nachfolgenden Jahren erheblich zu. Im April 1977, inzwischen gab es eine Dienstvereinbarung über den Fortbestand der Mitarbeiterkollegien zwischen Personalrat und Universitätsleitung, existierten bereits über 40 MAKs in fast allen Bereichen der Universität. Auch weitere Hochschulen in Bremen übernahmen diese Regelung zumindest formal.

Während die Drittelparität am 14.11.1977 durch Beschlussfassung der Bremischen Bürgerschaft über das Bremische Hochschulgesetz (Entscheidung des Staatsgerichtshofs Bremen vom 6.6.1977) abgeschafft wurde, arbeiteten die MAKs bis Mitte der 1990er Jahre weiter.

Eine starke zeitliche Belastung bedeutete die Mitbestimmung für alle Aktiven gleich wohl. Denn neben der eigentlichen Arbeit kamen für viele weitere Gremiensitzungen hinzu: Akademischer Senat, Fachbereichsrat, Vollversammlungen des Dienstleistungsbereichs und der Gesamt-Uni, Personalversammlungen etc. Die MAKs – nur eine „Macke“ der Uni-Gründungsgeschichte oder doch der ernsthafte Versuch konkreter Mitwirkung?

Universitätsarchiv Bremen

## Überfüllte Universität

BUS Nr. 124, April 2012

„In den letzten 15 Jahren ist bundesweit die Zahl der Studierenden um ca. 75% gestiegen. An der Universität Bremen stieg in diesem Zeitraum die Zahl der Studierenden um rund 290% auf heute ca. 17.500. Damit ist an der Universität Bremen rechnerisch jeder vorhandene Studienplatz doppelt belegt.“

Diese Zeilen schrieb Rektor Timm im Rechenschaftsbericht 1989-1993 zur Kapazitätsüberlastung der Bremer Universität. Woher kam diese Überlast?

Mit der Bildungsreform der 1970er Jahre stieg die Zahl der Abiturienten, zudem drängten die geburtenstarken Jahrgänge an die Hochschulen. Die Studierendenzahlen schnellten in die Höhe und überforderten die Universitäten, die durch Kürzungen im Bildungssektor gelitten hatten. Auf bundesweit 800000 Studienplätzen tummelten sich 1,8 Millionen Studierende. Der große Andrang führte zu überfüllten Seminaren, Wohnungsnot und verlängerten Studienzeiten.



Studentische Wohnungsnot Oktober 1988

Angesichts der erstmaligen Auslobung des Preises für die innovative Lehre schrieb im WS 1991 eine Lehrende an den damaligen Konrektor Berndt. „Mit großer Freude habe ich erfahren, dass die Universität Bremen neuerdings Preise für ausgezeichnete, innovative Lehre vergibt. (...) In meinem (...) Seminar ist es mir in der 3. Woche gelungen, die Zahl der Teilnehmenden auf die Zahl der verfügbaren Stühle zu reduzieren. Seit dem

31.01. [gemeint ist 31.10.] muss niemand mehr auf dem Boden sitzen. (...) Mehr als die Hälfte haben einen Tisch vor sich, auf dem sie schreiben können.“

Wie hatte sie das hinbekommen? Zunächst bat sie die KursteilnehmerInnen inständig einfach wegzubleiben und gab schließlich eine verbindliche Erklärung ab, dass keine Anwesenheitskontrollen stattfinden würden. Wer einen Schein brauchte, sollte im angeleiteten Selbststudium eine Dokumentation zum Studienbeginn in Bremen erstellen. Weit entfernt davon, diese „Notmaßnahme für preiswürdig“ zu halten, mahnte sie an, dass unter diesen Bedingungen die Studierenden die Erfahrung machen würden, dass Lehre nur stattfinden könne, wenn ein Teil von Ihnen nicht hinginge.

In seinem Antwortbrief verweist Berndt darauf, dass es eine schwierige Studiensituation gäbe und daher alle an einem Strang ziehen müssten, um den Raumengpass zu überwinden. Hierzu sei es nötig, die gesamte Zeitspanne der Veranstaltungszeit von 8 bis 21 Uhr auch auszunutzen, schließlich seien nach 19 Uhr noch Großräume frei.

Der Studienpreis für die ausgezeichnete Lehre und ihre Innovation, den die Unifreunde bis heute ausloben, soll die Studienmotivation der DozentInnen erhöhen. Dennoch, für die Umsetzung von guter Lehre braucht es ebenso gute Studienbedingungen, um die Individualität des Lernens auch im heutigen „Massenbetrieb“ der Universität zu ermöglichen.

Ronald Sperling

## Wo sind die Catcher geblieben?

Bus Nr. 127, Oktober 2012

„Eines Morgens kam ich in mein Büro im Sportturm und hätte fast einen Herzschlag erlitten. An meinem Schreibtisch saß ein Catcher!“ Mit diesen Worten schilderte ein ehemaliger Uni-Mitarbeiter sein Erlebnis mit einem mittlerweile in Vergessenheit geratenem Kunstwerk. Wer weiß heute noch, dass einst auf dem östlichen Boulevard vor dem Schwimmbad eine Figurengruppe stand, die als „Catcher“ bezeichnet wurde? Geblieben ist dort nur ein rostiger Metalltisch.

Auf diesem waren zwei Ringer im zähen Kampf zu sehen. Geschaffen hatte die Figurengruppe aus glasfaserverstärktem Polyester der Künstler Peter K.F. Krüger im Rahmen des Programms „Kunst am Bau“. Am 28. Oktober 1982 wurde sie aufgestellt. Krüger gab ihr das Thema „Weil sie Sportliebhaber sind“ und erklärte: „Der Idee zu dieser Plastik liegt eine Satire von Ephraim Kishon zugrunde ‚Kurzer Lehrgang im Profiringen‘. Sie soll den oft ‚tierischen‘ Kampf zwischen den Sportlern (vielleicht auch nicht nur den Sportlern) symbolisieren, sowie auf die Lüsterheit des Publikums in Sachen Gewalt hinweisen.“

Krüger wollte die Figuren durch ihr Äußeres nicht in einen bestimmten historischen Zeitraum stellen und mischte die Accessoires. Die Kleidung bzw. Rüstungen sollten an japanische Samurai erinnern. Ein Ringer trug dazu jedoch moderne Kampfstiefel, der andere die Kappe eines US-amerikanischen Jet-Piloten. Um der Plastik eine visuelle Leichtigkeit zu geben, berührte diese Figur den Boden nur mit den Fingerspitzen und sie war überwiegend in Weiß gehalten, so dass der Körper im Licht transparent erschien. Der andere Catcher stand fest auf beiden Beinen und machte eine ziehende Bewegung, mit der er seinen Kontrahenten zu bezwingen schien. Er wirkte als aktiver Part.



Um das Verschwinden der Catcher ranken sich viele Geschichten. Einige sagen, sie sei häufig beschädigt und schließlich entfernt worden, weil man die Restaurierungsarbeiten leid war. Ein Foto aus der Pressestelle und die Geschichte des Sportturmmitarbeiters legen jedoch nahe, dass erst die eine, dann die andere Figur verschwand. Wer die Figuren abmontierte und warum eine am besagten Schreibtisch landete, ist bis heute ungeklärt. Ebenso, wohin sie später verbracht wurden. Ver-

schwanden sie in den Katakomben der Uni? Oder wurden sie doch im Mensateich versenkt? Auch die Akte, die im Baudezernat zu dem Kunstwerk geführt wurde, ist weg. Eine Studentin, die sich Ende der 1990er Jahre auf die Suche nach der Skulptur machte, erhielt dort die Auskunft, die Akte sei entliehen und nicht zurückgegeben worden – das ist sie bis heute nicht.

Die Catcher waren übrigens eine „Notlösung“. Ursprünglich sollte dort ein Werk an den Sieg des afro-amerikanischen Läufers Tommy Smith bei den Olympischen Spielen 1968 und die Politisierung des Sports erinnern. Doch das ist eine andere Geschichte.

Universitätsarchiv Bremen

## Kein leichtes Geschäft mit Büchern

Bus Nr. 128, Dezember 2012

Bis zur Entstehung der Universitätsbuchhandlung, so wie wir sie kennen, war es ein langer Weg.

Schon 1961 bewarb sich die erste Bremer Buchhandlung um eine Dependance an der geplanten Universität. Ein Buchhändler gab sogar an, nur wegen dieser Pläne in Bremen ein Geschäft eröffnen zu haben.

Aber erst 1971 kam es zur Ausschreibung. Obwohl die Buchhandlung Storm sogar anbot, einen Bücherkiosk zu bauen, um für Lesestoff zu sorgen, entschied man sich für die Kooperative der Buchläden „Bettina Wassmann“ und „Das Politische Buch“.



Diese Entscheidung für eine eher links gerichtete Buchhandlung löste Proteste bei der Bremer CDU und FDP aus. Auch Rektor von der Vring sprach in einer Sitzung des Gründungssenats von einer Monopolstellung einer einseitig politischen Buchhandlung. In der Presse schlugen die Auswahlgespräche hohe Wellen, da die Buchhändler nicht nur nach kaufmännischen Aspekten gefragt wurden, sondern auch nach ihrer Gesinnung. „Die Welt“ titelte: „Ideologie-Test für Buchhändler“.

Um für ein breiteres Literaturangebot sorgen zu können, aber wohl auch, um den externen und internen Protesten entgegenzuwirken, sollte es nun zwei Buchhandlungen geben. Die Wahl fiel wieder auf die „Kooperative Buchladen Bettina Wassmann und Das Politische Buch“ mit einem sozialwissenschaftlichen Schwerpunkt sowie zusätzlich auf die Kooperation der Buchhandlungen Sieglin und Kamloth mit einem naturwissenschaftlichen Schwerpunkt.

Untergebracht wurden die beiden Buchhandlungen im Herbst 1972 im GW1, doch veränderte sich die Situation schon bald wieder, da die Geschäfte einer anderen Raumnutzung weichen sollten. Im Zentralbereich war allerdings nur Raum für einen Buchladen vorgesehen und so kam es 1975 zu einer neuen Ausschreibung. An dieser beteiligte sich die Buchhandlungen Sieglin und Kamloth aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr.

Nach erneuten Auswahlgesprächen entschied man sich für den Buchladen Bettina Wassmann, der trotz Protesten des Senators für Wissenschaft und Kunst bis 1983 im Zentralbereich bestand. Finanzielle Differenzen führten zur Kündigung und nachdem der Nachfolger bereits 1985 sein Geschäft wieder aufgab, dauerte es mehrere Jahre, eine neue Buchhandlung für die Universität zu finden. Ein Grund war der schon immer währende Platzmangel. Dieses Problem löste sich, als der Mietvertrag für die Billardhalle im Zentralbereich auslief. In der sogenannten „Spielhölle“ konnte dann 1990 die Carl-von-Ossietzky-Buchhandlung eröffnen. Seit dem Verkauf 2001 wird sie als Universitätsbuchhandlung von Annette Berneburg geführt. Nach einer wechselvollen Zeit scheint nun Kontinuität zu herrschen.

Lena Stukenborg, Praktikantin im Universitätsarchiv Bremen

## Ein Brand und seine Folgen

BUS Nr. 130, April 2013

In den frühen Morgenstunden des 16. Septembers 1994 entdeckte ein Zeitungsbote einen Brand im GW II. Dieser hatte verheerende Folgen: Teile des GW II mussten aufwendig saniert und das Gebäude bis Juli des folgenden Jahres geschlossen werden.

Betroffen von den Einschränkungen war auch der FB 8, der nach vielen Monaten zwar neue Büros beziehen konnte, Mitte des Jahres 1996 aber immer noch keine Postfächer hatte. Die Post lag in kleinen Pappkartons im Büro eines Verwaltungsmitarbeiters aus. Hierdurch war zum einen das Briefgeheimnis nur unzulänglich gewahrt, zum anderen war das Büro nicht immer zugänglich, so dass Briefe oft in gebückter Haltung unter den Türen der Büros durchgeschoben werden mussten.



Um diesen Notstand zu beseitigen, ergriff eine engagierte Lehrende die Initiative. Ihr Motto dabei: Es gebe „1. den ‚deutschen‘ Weg: Mensch nehme sich einen (guten) Rechtsanwalt und ‚drohe‘ (dezent) mit gerichtlichem Verfahren.“, oder „2. den ‚amerikanischen‘ Weg: Mensch singe ‚We shall overcome‘ und demonstriere unorthodox, aber friedlich für ihre/seine Rechte und ‚immediate demands‘ und gebe, sofern etwas erreicht ist, ihrer/seiner Freude Ausdruck.“ Sie verfolgte den 1. Weg und tatsächlich stellte man dem FB 8 großzügigerweise für den Übergang vier (!) Postfächer zur Verfügung.

Dieses nahmen die Dozentin und eine Kollegin zum Anlass für eine kleine Feier. Zusammen mit einigen mehr oder weniger zufällig vorbei kommenden Studierenden und Mitarbeitern stießen sie auf den errungenen Sieg an. In geselliger Runde demonstrierte die Lehrende auch das allabendliche Prozedere des Briefe Austragens und glaubte, nun endlich die Ursache für die „Rückgratverkrümmung“ vieler HochschullehrerInnen gefunden zu haben.

Doch die Freude war nicht von langer Dauer: Der Sprecher des Fachbereichs stellte das gesellige Beisammensein nicht als Feier, sondern als „Aktion“ dar, die er aufs „Schärfste“ missbilligte, da hierbei die bislang als Postfächer genutzten Pappkartons samt Inhalt und ohne Einwilligung aus dem Büro entfernt und offen zugänglich zu „Demonstrationszwecken missbraucht“ worden waren. Er forderte die beteiligte Kollegin auf, sich schriftlich zu entschuldigen und ihm zuzusichern, derartige „Aktionen“ in Zukunft zu unterlassen. Diese bedauerte daraufhin jedoch lediglich sein Fehlen auf der „Feier“ und betonte, nicht für das Entfernen der Pappkartons verantwortlich gewesen zu sein. Außerdem wollte sie sich auch nicht entschuldigen, da es in ihren Augen nichts zu entschuldigen gebe und konnte auch nicht versprechen, bei gegebenem Anlass nicht wieder in netter Runde mit einem Glas Wein anzustoßen.

Katharina Vienup, Praktikantin im Universitätsarchiv Bremen

## Ruhezone sorgt für Unruhe

BUS Nr. 131, Juni 2013

Die 1974 eingerichtete Ruhezone unterhalb des Treppenpodests im GW 2 sollte ein Ort der Entspannung sein. Sie wurde genauestens geplant, um zum Relaxen und Quatschen außerhalb der Seminarräume einzuladen. Weiche Standortfaktoren, um das Wohlfühl im sonst so harten Uni-Alltag zu steigern.

Die Ruhezone, auch Kommunikationszone genannt, bestand aus einer „Sitzgrube“, die mit bunten Kissen bestückt war. Insgesamt wurden stolze 109 Kissen gefertigt, 20 davon sogar in Trapezform. Highlight war ein Rundkissen von 6m Durchmesser. Dieses Kissen wurde aus Segeltuch hergestellt, besaß eine Kunststofffüllung und konnte nur vor Ort zusammengenäht werden. Vor der Anfertigung, mussten Architekten den Standort vermessen. Um Belastungen standzuhalten, war der Boden des Kissens extra verstärkt. Hohe Qualitätsansprüche stellte man auch an die Bezüge. So mussten diese z.B. einen Test auf Zigarettenfestigkeit über sich ergehen lassen. An die Beleuchtung wurde ebenfalls gedacht. Diese sollte eine angenehme Atmosphäre schaffen.



Rundkissen aus der Ruhezone, Ort unbekannt, undatiert

Es wurden also keine Kosten und Mühen gescheut, um der Ruhezone ein langes und geruhames Leben zu gewähren. Doch es sollte anders kommen.

Am 12. Mai 1976 schaffte es der Ruhebereich auf die Tagesordnung einer Sitzung des Akademischen Senats. Was war geschehen?

Die Kissen waren nach und nach von der Betriebstechnik entfernt worden. Der Senat beschloss einstimmig, dass der Ruhebereich durch Aufstellen der Kissen unverzüglich wieder herzustellen sei. Falls dies nicht möglich sei, sollte die Betriebstechnik eine Stellungnahme abgeben. Diese folgte prompt: Die Kissen seien so stark beschädigt und beschmutzt worden, dass eine Entfernung unumgänglich war. Sie seien, „mutwilligen Beschädigungen“ und „artfremder Benutzung“ zum Opfer gefallen. Auch mehrfache Reparaturen des Rundkissens konnten nicht verhindern, dass der Bezug immer wieder zerrissen wurde. Dies hatte zur Folge, dass die Füllelemente „in großer Zahl im Raum herumgestreut wurden“. Der Inhalt der kleinen Kissen blieb zwar verschont, doch auch hier wurde der Bezug eingerissen und durch undefinierbare Flüssigkeiten beschmutzt. Deshalb sei „die weitere Benutzung aus hygienischen Gründen nicht mehr zumutbar“. Vor einer erneuten Aufstellung müssten die Kissen repariert und gereinigt werden. Eine solche Investition erscheine jedoch nicht sinnvoll, da die Ruhezone voraussichtlich in kürzester Zeit durch nicht sachgemäßen Gebrauch wieder zerstört werden würde.

Die abgegebene Stellungnahme wurde im Akademischen Senat nicht diskutiert und auch die Ruhezone in keiner weiteren Sitzung erwähnt. Der Verbleib der Kissen ist in den Akten nicht überliefert. Somit hatten sie zwar Zigaretten standgehalten, jedoch nicht den Bremer Studierenden. Die Zeit war noch nicht reif für ein bisschen Ruhe. Vielleicht hätte man heute mit einer Chill-Out Area mehr Glück.

Rieke Hobbie Praktikantin im Universitätsarchiv Bremen

## Putsch in Chile- Solidarität an der Uni

BUS Nr. 132, November 2013

Schaut man von heute auf die Chile-Solidarität in den 1970er Jahren, überrascht die breite gesellschaftlicher Basis, die Entschiedenheit und das Engagement mit der diese getragen wurde. Bundesweit gingen tausende Menschen für ein „freies Chile“ auf die Straße. In Bremen versammelten sich bereits drei Tage nach dem Putsch ca. 2000 Menschen zu einer Demonstration am Bahnhofplatz. Die Bremer Uni führte vor allem in den folgenden Jahren mehrere Solidaritätswochen und Veranstaltungen mit Vorträgen, Diskussionsrunden, Musik und Lesungen durch, zu denen auch Exilchi-

lenInnen als ReferentInnen oder KünstlerInnen eingeladen wurden. 1976 entstand während einer dieser Wochen auch das zweiteilige Wandbild „Terror und Widerstand in Chile“ durch die im Exil lebende Künstlergruppe „Brigada Luis Corvalán“.



Viele Jahre ein markantes „Wahrzeichen“ der Bremer Uni: 1976 entstand das zweiteilige Wandbild „Terror und Widerstand in Chile“ durch die im Exil lebende Künstlergruppe „Brigada Luis Corvalán am Uni-Boulevard

**Flüchtlingshilfe**  
Die universitären Gre-

mien fassten schon früh Beschlüsse zu Chile. Bereits am 17.10.1973 stimmte

der Akademische Senat einem Antrag auf Unterstützung chilenischer EmigrantInnen zu und am 22.11. verabschiedete der Konvent eine von StudentInnen eingebrachte Resolution für die Flüchtlingshilfe einstimmig. Darin wurde die Bundesregierung aufgefordert, chilenischen Flüchtlingen unbürokratisch Asyl zu gewähren und die Einreise von Flüchtlingen über die deutsche Botschaft in Santiago de Chile zu erleichtern. Begrüßt wurde außerdem die Entscheidung der SPD Landesregierung in Bremen Flüchtlinge aufzunehmen, und die Universität verpflichtet sich Studien- und Arbeitsplätze für EmigrantInnen zu schaffen.



Solidarität auf dem Papier: Plakat des marxistischen Studentenbundes

**Arbeitsverträge**

Im Dezember 1973 kamen die ersten Flüchtlinge nach Bremen. Es war die Familie Simon, ein Vater mit zwei Söhnen. Die Universität stellte einen Studienplatz in Sozialwissenschaften und Sport zur Verfügung. 1974 konnte die Universität dann auch den ersten Arbeitsvertrag mit einem Exilchilenen schließen: Hugo Murua (ehem. Leiter des Instituts zur Verhütung von Arbeitsrisiken in Chile) bekam einen Werkvertrag für eine Studie im Bereich Arbeitssicherheit. Insgesamt wurden an der Universität in den Jahren 1974–1984 15 chilenische EmigrantInnen beschäftigt. Viele dieser universitären Anstellungsverträge kamen durch Empfehlung der SPD zustande. Neben Werkverträgen und Lehraufträgen nutzte man die Möglichkeit, Gastprofessuren zu vergeben, z.B. an Gonzalo Gáceres (Journalist), Sergio Lazzerini (ehem. chilenischer Botschaftsrat in Warschau), Luis Quinteros Yáñez (ehem. Staatssekretär im Außenministerium) und Anibal Palma Fourcade (ehem. Erziehungsminister). Die Möglichkeit als Gastprofessor zu lehren war aber zeitlich begrenzt, daher wurden 1978 acht auf drei Jahre befristete wissenschaftliche MitarbeiterInnenstellen geschaffen, deren Kosten

sich die Universität mit dem Senator für Bildung teilte. Nach Auslaufen des Programms wurde im Jahr 1981 noch ein weiteres aufgelegt, mit zwei entfristeten Arbeitsplätzen im Fachbereich Rechtswissenschaften für Quinteros Yanez und Palma Forcarde sowie zwei weiteren befristeten Stellen.

In der Geschichte der Universität ist die Chile-Solidarität herausragend, auch wenn es weiterhin Unterstützung für Flüchtlinge und Verfolgte gegeben hat, so reichte dieses Engagement in seiner Intensität und Breite nicht mehr an die Chile-Solidarität heran.

„Viele haben gedacht: Morgen bin ich wieder zu Hause“

Exakt 40 Jahre nach dem Militärputsch führt das Uni-Archiv ein Gespräch mit Gerhard Stuby, von 1971 bis 2000 Professor für Öffentliches Recht und wissenschaftliche Politik an der Uni. Damals reiste er mehrfach nach Chile um dort das Schicksal der Verfolgten und die Lage der Menschenrechte zu untersuchen.

BUA: Heute vor vierzig Jahren ist in Chile die Regierung von Salvador Allende durch einen Militärputsch gestürzt worden. Erinnern Sie sich an den Moment, in dem Sie von dem Putsch erfahren haben?

Stuby: Ich kann mich noch sehr gut entsinnen, wie ich das im Radio gehört habe. Für alle Linken und für mich persönlich war das ein tiefer Einschnitt, dass dieser Versuch auf friedlichem Wege zu einem demokratischen Sozialismus zu gelangen, durch Militärgewalt beseitigt wurde. Wir hatten uns schon seit 1970, seit die Unidad Popular (UP) mit Allende an der Spitze gesiegt hatte, intensiv mit dem Geschehen in Chile beschäftigt.



Prof. Gerhard Stuby

BUA: Sie sind während der Diktatur einige Male nach Chile gereist - das erste Mal im Frühsommer '76. Was war der Zweck Ihrer Reise?

Stuby: Das war damals eine Fact-Finding-Commission der IVDJ zusammen mit katholischen Juristen und in Absprache mit der Auslandsvertretung der UP und der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta. Hauptsächlich ging es darum, herauszufinden, was mit den zahlreichen Verschwundenen geschehen ist. Wir haben Interviews mit den Familien der Verschwundenen geführt und die einzelnen Fälle dokumentiert und publik gemacht.

BUA: Wie hat die Universität Bremen auf den Putsch reagiert?

Stuby: Es gab ziemlich unmittelbar nach dem Putsch Beschlüsse zur Solidarität mit Chile im Akademischen Senat und im Konvent. Chile und der Weg der UP waren ja schon vorher ein Thema an der Universität. Aber nach dem 11. September war der Blick natürlich geschärft und es war eigentlich selbstverständlich, dass wir, soweit möglich, Solidarität üben.

BUA: Hat sich die Hochschulleitung auch so schnell positioniert?

Stuby: Ja, da gab es überhaupt keine Probleme. Die Wahl von Steinberg war im Dezember '73, ich wurde einer der Konrektoren. Für uns war klar, sobald wir die Möglichkeit haben, konkret mit Stellen an der Uni zu helfen, machen wir das auch. Und die SPD hat das ganz stark unterstützt, ohne sie hätte das hier gar nicht stattgefunden.

BUA: Die Bremische SPD?

Stuby: Genauer der politische Senat, der von der SPD geführt wurde. Die Bundesrepublik war anfangs insgesamt etwas zögerlich bei der Aufnahme von chilenischen Flüchtlingen. Es war noch Kalter Krieg und die Zeit der Berufsverbote. Das hat sich in diesem Zusammenhang bemerkbar gemacht. Auch bei den Flüchtlingen wurde zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten unterschieden. Hier in Bremen war das anders, obwohl man schon auf Parität geachtet hat.

BUA: Wie sind die Flüchtlinge zu den Stellen an der Universität gekommen?

Stuby: Wir haben zum Beispiel Gastprofessuren ausgeschrieben und die Chilenen konnten sich daraufhin bewerben. Da gab es richtige Berufungskommissionen. In einer davon saß ich auch, sie hat sich damals einstimmig für Luis Quinteros-Yáñez, der in den UN-Gremien die UP vertrat, entschieden.

BUA: Gastprofessuren sind doch sehr befristete Arbeitsverhältnisse?

Stuby: Das stimmt. In der ersten Zeit war es aber auch so, dass wir und vor allem die Flüchtlinge selbst mit einer schnellen Rückkehr nach Chile gerechnet haben. Viele von ihnen haben gedacht, morgen bin ich wieder zu Hause.

BUA: Als sich abzeichnete, dass sie nicht so schnell wieder zurückkehren können, wurden ihre Arbeitsverträge dann einfach verlängert?

Stuby: Das wurde zunehmend schwieriger. Die finanzielle Situation für Bremen und die Universität war auch damals nicht einfach. Letztlich sind zwei Personen entfristet worden. Bei anderen sind die Verträge ausgelaufen. Allerdings sind viele im Laufe der Zeit doch nach Chile zurückgekehrt.

BUA: Abschließend noch eine Frage zum Chile-Wandbild der Brigade Luis Corvalán. Sie kritisieren, dass das Wandbild so vernachlässigt worden ist. Jetzt soll zumindest das Motiv gerettet und am GW1 neu angebracht werden.

Stuby: Das ist doch toll. Ich erinnere mich noch gut daran, wie dieses Wandbild entstanden ist. Steinberg hat das mitinitiiert und auch der Senat hat es mitgetragen. Es gab ein Fest zur Einweihung. Ich finde das Bild auch wirklich schön, es steht in der Tradition der mexikanischen Wandmalerei. Es ist wirklich schade, dass das Bild so fallengelassen wurde – es ist ein Teil der Uni-Geschichte. Und dass wir damals so stark in die Chile-Solidarität eingestiegen sind, das ist doch eigentlich ein besonderer Ausweis.

Universitätsarchiv Bremen

## Bausteine für die Universität

BUS 133, Januar 2014

„Schon 65.000 Bausteine für die Universität verkauft“, titelte am 16.10.1964 der Weser-Kurier. Anlass für diese Meldung war die sogenannte „Bausteinpostkarten-Aktion“, die 10 Monate zuvor von der „Gesellschaft der Freunde der Universität Bremen“ ins Leben gerufen worden war. Mit dem Verkauf von symbolischen „Bausteinen“, in Form von Postkarten, wollte der Verein die zukünftige Uni populär machen.

Anfang 1964 ließen die Unifreunde 30.000 „Bausteine“ herstellen, später kamen weitere 50.000 hinzu. Die Aktion stand unter dem Motto „Bremen einst und jetzt“. Gedruckt wurden 3 unterschiedliche Doppelpostkarten mit jeweils einem historischen und einem zeitgenössischen Motiv sowie einem Geleitwort des damaligen Bürgermeister Wilhelm Kaisen.



Im Februar 1964 startete der Werbefeldzug mit dem Verkauf der Postkarten über Buchhandlungen und Banken. Zusätzlich begann mit Hilfe der Lehrer-verbände eine öffentliche Sammlung durch den Vertrieb der „Bausteinpostkarten“ an Bremer Schulen. Zum Preis von 50 Pfennig pro Stück konnten die Käufer ihre Unterstützung des „Universitätsgedankens“ zum Ausdruck bringen.

Bereits einen Monat nach Verkaufsbeginn kamen erste Sorgen über den finanziellen Ausgang der Kampagne auf. So schrieb der Vereinspräsident Georg Schönemann an den Schatzmeister Heinrich

Landwehr: „Ich hoffe nur, wir werden mindestens für unsere Kasse ohne Verlust aus der Sache herauskommen.“

In der Tat erzielte der Schalterverkauf der Banken nicht die erhofften Ergebnisse, sodass die Geldhäuser die übrig gebliebenen Postkarten, auf Bitten des Vereinspräsidenten, selbst aufkauften. Dann jedoch nahm der Vertrieb rasch an Fahrt auf – die Schulen konnten erste Verkaufserfolge verbuchen und auch das Deutsche Generalkonsulat in New York erklärte sich bereit, „Bausteine“ zu erwerben und diese in den USA zu vertreiben. Auch ein in New York ansässiges Mitglied der Gesellschaft forderte im Juli Postkarten an, um diese an „Exilbremer“ verteilen zu können. Um Versandkosten zu sparen und den Werbeeffekt zu steigern, schlug er vor, die „Universitätsbausteine“ über den Fußballverein „Werder Bremen“ einfliegen zu lassen, der sich Ende des Monats zum Finale der „International Soccer League“ in New York einfinden würde. Ob die „Bausteine“ tatsächlich auf diesem Weg die Vereinigten Staaten erreichten, geht aus den Akten nicht hervor. Zweifelsfrei konnte die Gesellschaft in den nächsten Monaten einen regen Absatz der „Universitätsbausteine“ verzeichnen. Die Aktion erzielte einen Reinerlös von rund 18.000 DM.

Die Einnahmen wurden zum Kauf von Literatur für das künftige Pädagogische Institut der Universität verwendet. Bis zu deren Eröffnung stellte der Verein diese Werke der Pädagogischen Hochschule zur Verfügung. Noch heute erinnern die erworbenen Bücher in der Staats- und Universitätsbibliothek durch Exlibris daran, dass sie eine Spende der Unifreunde sind.

Johannes Schmidt, Praktikant im Universitätsarchiv Bremen

## Solidarität mit polnischer Partneruni

BUS 134, Mai 2014

Mit Corned Beef, Speck, Kaffee, Schokolade und Kindernahrung fuhren vier Bremer Wissenschaftler der Universität und der Hochschule für Wirtschaft am 17.4.1982 nach Gdansk (Danzig) und brachten die Lebensmittel in die dortige Universitätsmensa. Diese Hilfsaktion stand im Zeichen der Solidarität mit der polnischen Partneruniversität. Wie kam es dazu?

### Kooperation mit der Universität Gdansk

Am 15.3.1979 hatten die Universitäten Bremen und Gdansk einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Die Zeit des frühen universitären Austausches fiel in die Phase des „polnischen Sommers“, denn im Sommer 1980 erkämpften ArbeiterInnen mit einem Streik die Zulassung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność und lösten damit wichtige Demokratisierungsprozesse in der polnischen Gesellschaft aus.

Die Kooperation der beiden Universitäten lief gut an. Es entstand ein reger wissenschaftlicher Austausch an dem sich in den ersten drei Jahren über 200 polnische und bremische WissenschaftlerInnen beteiligten. Zudem führten sie 1981 den ersten Austausch zwischen polnischen und westdeutschen Studierenden durch.

Ein Besuch von BremerInnen in Gdansk im Oktober `81 stieß allerdings bei AktivistInnen des neugegründeten unabhängigen Studierendenverbandes NZS (s. unten) auf Befremden. Die Bremer Gruppe bestand mehrheitlich aus AStA-Mitgliedern des Marxistischen Studentebundes (MSB), der Studieren-



Unterzeichnung des Kooperationsvertrages in Gdansk am 15. März 1979. Von rechts: Rektor Alexander Wittkowski (Universität Bremen), Rektor Janusz Sokolowski (Uni Gdansk) und Rektor Ulrich Rohr (Hochschule für Wirtschaft Bremen).

denorganisation der DKP. Der MSB unterstützte die staatsnahe Studentenorganisation Socjalistyczny Związek Studentów Polskich (SZSP) und nun trafen die BremerInnen auf VertreterInnen des NZS, der erstmals mit überwältigender Mehrheit in die Studierendenvertretung der Uni Gdansk gewählt worden war und für eine vom Staat unabhängige Mitbestimmung eintrat. Diese Begegnung hinterließ bei den polnischen KommilitoInnen keinen guten Eindruck, wie sie später in einer öffentlichen Erklärung schrieben: „Unsere Organisation wurde von der Mehrheit der Delegation als konterrevolutionär... und reaktionär betrachtet“.

Neben dieser Ablehnung gab es in Bremen aber auch Solidarität mit dem NZS. Auf einer Veranstaltung der „Gewerkschaftlichen Gruppe“ mit NZS Mitgliedern an der Uni war schon am 27.3.1981 ein Unterstützungskomitee gegründet worden, das finanzielle und drucktechnische Hilfe für die polnischen KommilitoInnen leistete.

Ausrufung des Kriegsrechts

Mit der Ausrufung des Kriegsrechts am 13.12.1981 beendete Staatschef Jaruzelski den „Polnischen Sommer“ und verbot die Solidarność und die NZS. Zu dieser Zeit hielten sich gerade zwei Gruppen polnischer Gäste an der Bremer Uni auf. Es sollte für die nächsten Jahre der letzte offizielle Studierendenaustausch sein.

An der Uni Bremen rief das Komitee „Solidarität mit dem NZS“ zu einer Briefkampagne und zu Demonstrationen gegen das Verbot der Solidarność und die Verhaftungen in Polen auf. Verschiedene hochschulpolitische Gruppen reagierten mit Empörung, als im Studierendenrat am 12.1.1982 eine Resolution für die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in Polen mehrheitlich abgelehnt wurde. Federführend war wiederum der MSB, der in der Solidarność-Bewegung eine Schwächung des Ost-Blocks und der West-Linken sah. Die sonst von ihm mit Vehemenz vorgetragene Anklage gegen Gewalt und Repression blieb in diesen Punkten aus, obwohl auch Mitglieder des NZS aus Gdansk verhaftet worden waren, die in Bremen zu Gast gewesen waren.

Unterstützung über die politischen Gräben hinweg fand der gemeinsame Aufruf „Hilfe für die Partneruniversität Gdansk“ der Uni und der Hochschule für Wirtschaft. Mit einer Spendensammlung sollte praktische Hilfe vor Ort geleistet werden, denn in Polen hatte der Kriegszustand die Versorgungskrise verschlimmert. Das Geld wurde für die oben erwähnte Hilfslieferung verwandt.

Eiszeit

Nicht nur das Kriegsrecht legte die Kooperation mit der Partneruniversität auf Eis. Für die polnische Regierung war die 1982 erfolgte Gründung der Forschungsstelle Osteuropa, die Untergrundliteratur aus den Oppositionsbewegungen im Osten sammelte, weitaus schwieriger zu verkraften. Sie sah in dem Institut eine Einmischung in die inneren politischen Angelegenheiten Polens und protestierte gegen die Institutsgründung mit dem Abbruch der Kooperation. Die Uni Bremen bemühte sich mehrfach um eine Wiederaufnahme. Erst 1986 fanden in Polen erste Gespräche zur Fortsetzung der Kooperation statt. Ein neuer Vertrag wurde am 5.12.1988 in Gdansk unterzeichnet und besteht bis heute.

*Niezależne Zrzeszenie Studentów (NZS)*

Der unabhängige polnische Studentenverband NSZ bildete sich parallel zur Solidarność-Bewegung und forderte eine von staatlichen Organisationen unabhängige Studierendenvertretung sowie eine Demokratisierung der Universitäten. Schon während die ArbeiterInnen im August 1980 streikten organisierten sich auch die StudentInnen. Sie erkämpften die offizielle Anerkennung des NZS durch einen Streik, der von Lodz ausging und sich auf das ganze Land ausdehnte. Unter dem Druck dieser Proteste gab die Regierung am 17.2.1981 nach und erkannte den NSZ als Vertretung an. An den Universitäten in der BRD gründeten sich Solidaritätskomitees für den Verband. Mit Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen am 13.12.1981 wurden die Solidarność und der NZS verboten, viele der AktivistInnen verhaftet, einige arbeiteten im Untergrund weiter. Der NZS wurde nach 1989 wieder legalisiert.

## Frauen im Kampf um Frieden und Emanzipation

BUS Nr. 135, Juli 2014

Wer vor 30 Jahren die breite Treppe vom Mensateich zum Boulevard erklommen hatte, stieß auf eine Gruppe demonstrierender Frauen. Auf ihren Transparenten waren keine Parolen, sondern Bilder aus der europäischen Frauengeschichte. Es waren Szenen des Protestes gegen Hunger, Unterdrückung und Krieg. Täglich demonstrierten die Frauen, denn sie waren auf die Wand gemalt. Eine Gruppe engagierter Studentinnen hatte das Wandbild im Herbst 1980 gemalt, um an politische aktive Frauen zu erinnern und historische Bezugspunkte für die „neue“ Frauenbewegung aufzuzeigen.

### Appell für die Rechte der Frauen

Die historischen Ereignissen hatten die Malerinnen auf einer zweiten Wandfläche, die sich um die Ecke befand, collagenhaft dokumentiert: der Marsch Pariser Frauen nach Versailles am 5. Oktober 1789, die für Freiheit kämpfende Frau nach einem Bild von Eugène Delacroix, Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, zwei Vertreterinnen der Arbeiterinnenbewegung, im Gespräch, mehrere Bildzitate der Malerin Käthe Kollwitz und schließlich die Befreiung vom Faschismus 1945 mit dem Tor eines Konzentrationslagers als Motiv. Die gewählten Ereignisse verstanden die Malerinnen als Appell, öffentlich für die Rechte der Frauen, für Gleichberechtigung und Emanzipation sowie gegen Krieg und für den Frieden einzutreten.

Der Bezug zur Gegenwart wurde mit dem Demonstrationzug hergestellt. Dieses Bild sollte an die Demo am 8. März 1980, dem Internationalen Frauentag, in Bremen erinnern. Einige der Teilnehmerinnen sind auf dem Bild porträtiert worden.

### Von der Idee zum Projekt

Initiiert wurde das Wandbild durch die Malerin Marlis Glaser. Die Absolventin der Bremer Hochschule für Gestaltung machte Ende der 1970er Jahre an der Uni ein Zweitstudium und hatte bereits Erfahrung in der Wandmalerei. Die Idee entstand durch die Beschäftigung mit Bildquellen zur Französischen Revolution und konkretisierte sich in Diskussionen im Rahmen des interdisziplinären Projekts „Revolution und Restauration“ sowie in Seminaren zu frauenbezogenen Themen. Glaser fand begeisterte Mitstreiterinnen, darunter weitere erfahrene Malerinnen wie Dorit Hillebrecht und Susanne Klockow. Die Gruppe stellte ihre Entwürfe zur Diskussion, fand Unterstützung im AStA-Fraunenreferat und bei der Hochschulleitung und erhielt für ihr Vorhaben eine Förderung im Rahmen des Programms „Kunst im öffentlichen Raum“. Als Malfläche fand sie zwei Wände in der Nähe der Mensa, an dem Gebäude in dem heute das Zentrale Prüfungsamt untergebracht ist.

### Eine Provokation?

Am 23. Januar 1981 wurde das Wandbild der Öffentlichkeit übergeben. Die Presse berichtete mit verhaltener Anerkennung, eine breite Resonanz an der Uni blieb aus. Doch das Bild provozierte, wurde von Anfang an bemalt und mit Plakaten beklebt. Mittlerweile ist es zerstört: übermalt, überbaut, besprüht und vergessen. Die Künstlerinnen wünschen, dass nun auch die letzten Überreste entfernt, d.h. übermalt werden. Eine Entscheidung darüber steht noch aus.

Universitätsarchiv

## Schluss mit dem Versteckspiel!? (1. Teil)

BUS 137, Januar 2015

Als sich das 1. Semester an der neugegründeten Bremer Uni seinem Ende zuneigte, war allen Verantwortlichen klar, dass es für mehr Transparenz und eine bessere Kommunikation auch eines Wegweiser Systems für die beiden Gebäude GW 1 und NW 1 bedurfte. Eine rasche Orientierung über Lehrveranstaltungen, Zuständigkeiten und Räumlichkeiten war nämlich nicht möglich, weil

bei der Bauplanung niemand an Lagepläne, Raumbeschilderungen und Ankündigungstafeln gedacht hatte. Im GW 1 diente lediglich ein „Informationskreuz“ zwischen den Blöcken B und C der Orientierung.

Im Auftrag des Rektors und unter Federführung der Informationsabteilung entwickelte daher die „Arbeitsgruppe Visuelle Kommunikation“ ab Februar 1972 ein Sofortprogramm mit dem Ziel, „das Versteckspielen innerhalb der Universität auf ein Mindestmaß zu reduzieren.“ In Zusammenarbeit mit der Hochschule für Gestaltung entwickelte sie für GW 1 und NW 1 ein Informationssystem bestehend aus Etagenplänen, Anschlagtafeln und einer einheitlichen Raumnummerierung, das „es auch Besuchern ermöglicht, zu erfahren, was, wo und wann in der Universität geschieht.“ Darüber hinaus plädierte die Gruppe für ein „visuelles Kommunikationssystem“, das auch auf die Gebäude der 2. Baustufe (GW2, Bibliothek etc.) übertragbar sein sollte.



Ja wo laufen sie denn? An solchen Wegweisern hätte sicherlich auch Lorient seine Freude gehabt. Doch an die Universität Bremen führte sein Weg leider nie.

Mit dieser Aufgabe wurde im Januar 1973 durch den Akademischen Senat die neue „Projektgruppe Visuelle Kommunikation“ beauftragt. Ihre Planung eines Informations- und Wegweiser System für die Innen- und Außenbereiche beinhaltete sowohl ein komplexes Bezeichnungssystem für Straßen, Gebäude und Räume als auch umfangreiche Kriterien für die farbliche und grafische Gestaltung der verschiedenartigen Informationsträger.

Zu diesem Zeitpunkt hatte allerdings auch schon die „Arbeitsgruppe Visuelle Gestaltung“ unter der Leitung des Universitätsbauamtes mit der Entwicklung eines „verbindliches 'Color-System-Designs'“ begonnen. Auf Initiative der „Planungsgruppe Gesamtplanung Universität“ hin sollte ein aus „leicht verständlichen Symbolen und Farbleitlinien“ bestehendes System entstehen, das zugleich auch die Wahrnehmung der Universität als „Universitätsstadt und die Universität in der Stadt“ repräsentierte. Um dieses „Esperanto für alle“ zu kreieren, sollten Innenarchitekten, Verflechtungsplaner, Verhaltensforscher, Psychologen und Soziologen und Designer zusammenarbeiten. Untereinander kommunizierten die beiden Gremien scheinbar nur punktuell.

Allen Beteiligten blieb allerdings wenig Zeit, denn die für Herbst 1973 anvisierte Fertigstellung des GW2 mit der Besonderheit eines Großraums für den Studienbereich Arbeitslehre/Politik erforderte baldige Lösungen. Auch fehlte das Geld, um Fachexpertise einzukaufen und so wurden die Anforderungen nach und nach auf ein Minimum reduziert. „Anstelle einer Festlegung aus einem Guss soll es sich stets um die Interpretation eines Systems handeln“, notierte das UBA im Februar 1973. Wie sich dieses gestaltete, lesen Sie im nächsten BUS.

Das Universitätsarchiv

## Schluss mit dem Versteckspiel? (2. Teil)

BUS 138, April/Mai 2015

Da bei der Planung für die neue Bremer Universität niemand an ein Orientierungssystem für die Innen- und Außenbereiche gedacht hatte, stand bei jedem Neubau auf dem Campus die Frage der Wegführung neu im Raum. 1972/73 galt es eine Lösung für das GW2 zu entwickeln. Die Architektengemeinschaft Schmidt-Müller-Glade schlug vor, für die „Führung im Gebäude“ einen externen Berater einzuschalten. Mangels finanzieller Mittel bat die universitäre „Planungsgruppe GW2“

die Architekten jedoch, selbst „Vorschläge in dieser Hinsicht zu machen.“ Diese entwickelten daraufhin ein Farb- und Orientierungssystem, von dem zumindest das Farbkonzept im Innenbereich umgesetzt wurde. Das Farbsystem sollte auch der Orientierung im Großraum Arbeitslehre/Politik im Erdgeschoss des GW2 dienen. Auf einer Fläche von 3000qm<sup>2</sup> war hier ein Nebeneinander von Lehre, Beratung, Forschung und Verwaltung geplant. Gruppen- und Einzelarbeitsplätze wurden nur durch mobile Stellwände voneinander getrennt. Anhand von Farbflächen an



Na dann suchen Sie mal schön: Wer im GW2 die heute noch ausgewiesene Bereichsbibliothek Ökonomie – kurz BB oek – findet, darf sie behalten!

den Betonstützen sollten sich Studierende, Lehrende und Verwaltungspersonal in dem Raum zu rechtfinden. Diese Lösung hielten die beteiligten Planungsgremien allerdings nicht für ausreichend und diskutierten zusätzlich die Vor- und Nachteile von Übersichtsplänen an den Eingängen oder auf Handzetteln, von Hinweisschilder an Schränken oder Decke sowie über eine Durchnummerierung der Arbeitsplätze, die jedoch niemanden „sichtbar zur Nummer abstempeln“ sollte.

Parallel zu diesen Planungen und in Abgrenzung zum System im GW1 erarbeitete die Bauabteilung ein Konzept für die Nummerierung der Räume im GW2, das auch die Möglichkeit der flexiblen Aufteilung berücksichtigte.

Farbflächen und Türschilder waren bei der Eröffnung des Gebäudes im Oktober 1973 angebracht, doch über ein weitergehendes Wegweisungssystem war keine Einigung erzielt worden. Entsprechend orientierungslos irrten die Studierenden zu Semesterbeginn durch die Gänge. Der AstA versuchte mit einer „Orientierungshilfe für GW2-Geschädigte“ Abhilfe zu schaffen: „Nicht nur für Studienanfänger wird der Semesterbeginn in diesem Jahr zu einer harten Geduldsprobe werden: Trotz Teppichboden, Großraum und farblicher Orientierungshilfen für das Unterbewußtsein [...] wird der GW 2-Neubau manche noch lange als drohendes Beton-Labyrinth verfolgen. Um Euch zu helfen, wenigstens die Räume zu finden, an denen Ihr weiterfragen könnt, haben wir in Skizzen die 3 Ebenen des Neubaus dargestellt (ohne Gewähr!).“

Erst 1980, nachdem auch der Großraum wieder aufgelöst worden war, wurde im GW2 die endgültige Innenwegweisung festgelegt. Vorbild nicht nur für dieses Gebäude war nun das von dem Architekten Felix Uhlig für das NW2 entwickelte System. Die Orientierung fällt dennoch bis heute schwer. Verwirrung entsteht im GW2 nicht nur, weil jede Ebene räumlich anders aufgeteilt ist und sich die 4. Ebene nur über zwei der vier Treppen- und Aufzugstürme erreichen lässt. Verwirrung

entsteht auch, weil die Wegweiser irgendwann nicht mehr gepflegt wurde. Oder wann haben Sie das letzte Mal die Bereichsbibliothek Ökonomie (BB oek) auf der 3. Ebene besucht?

Das Universitätsarchiv

## Tag der offenen Tür - vor vierzig Jahren

BUS 139, Juli 2015

Am 31. Mai und 1. Juni 1975 lud die Universität Bremen die BürgerInnen der Stadt ein, sich ein eigenes Bild von „ihrer“ Universität vor Ort zu machen. Von dieser ersten Einladung nach der offiziellen Eröffnung im Oktober 1971 machten rund 20.000 BesucherInnen (2013, 12.000) Gebrauch.

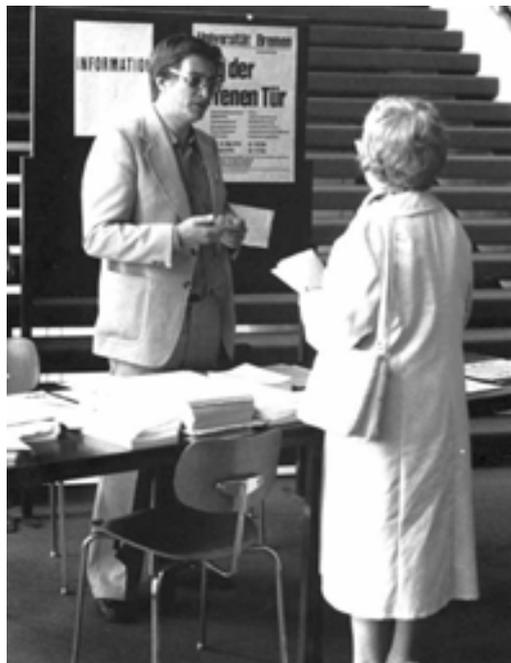
Als ein zentraler Anziehungspunkt erwies sich die erst wenige Monate zuvor in neuen Räumen eröffnete Staats- und Universitätsbibliothek. Auf den 18.500 qm<sup>2</sup> standen den Leserinnen und Lesern damals rund 1,1 Millionen Bände (heute 3,3 Millionen) zur Verfügung. Der Andrang von 6000 BesucherInnen an beiden Tagen übertraf die Erwartungen der PlanerInnen bei weitem. In 62 Hausführungen, geplant waren 16, präsentierten die MitarbeiterInnen die Arbeits- und Lesebereiche sowie ausgesuchte Buchbestände. 414 BremerInnen nutzten die Gelegenheit einen Leseausweis zu beantragen.

Ebenso viele BesucherInnen zog die imposante Apparatur der für 4,5 Mio. Mark angeschaffte EDV-Anlage im Rechenzentrum im MZH an. Die technischen Daten des Hauptrechners werden heute von jedem Smartphone übertroffen: IRIS 80 verfügte über rund 750 KB Hauptspeicher, sechs Magnetplatteneinheiten zu 48 MB, und vier Magnetbandeinheiten mit einer Übertragungsrate von 312 KB/s. Interessierte BeobachterInnen traten gegen den Rechner in den Disziplinen „Schiffe versenken“ und „17 und 4“ an. Kleine „Nerds“ erstellten Lochkarten.

Stand im Herbst 1971 bei der Einladung an die Öffentlichkeit zur Besichtigung der neuen Uni die Architektur der Neubauten im Mittelpunkt des Interesses, nutzte die Universitätsleitung nun die Gelegenheit, der überwiegend kritischen medialen Berichterstattung über die Reformprojekte der Universität entgegenzutreten und generelle Zweifel an ihrer Arbeitsfähigkeit auszuräumen. Streitpunkte wie die Drittelparität in den Gremien, die Lehrerausbildung und das Projektstudium wurden in einer Sonderausgabe der Universitätszeitung erklärt und am Sonntag auf einem Podium mit Experten diskutiert. Individuelle Anfragen von BürgerInnen klärte der Rektor persönlich in einer mehrstündigen Sprechstunde. Die Bremer AbiturientInnen trieben indes ganz praktische Probleme um, ob nämlich ihr Notendurchschnitt ein Studium ihres Wunschfaches überhaupt erlaube.

Im Untergeschoss des neuen Gebäudes GW2 hatten die hochschulpolitischen Gruppen ihre Stände aufgebaut. Sie informierten u.a. über die Folgen des Militärputsches in Chile und feierten die Eroberung Südvietnams durch die Truppen der Nordvietnamesen mit einen „Solidaritätsschluck“ aus der Reisweinflasche.

Der große Erfolg der Veranstaltung bewog die Universitätsleitung zu einer Wiederholung der Veranstaltung schon im Herbst des gleichen Jahres.



Die Uni hatte eingeladen, und die Bevölkerung kam zum Tag der Offenen Tür 1975. Insgesamt 20.000 Besucherinnen und Besucher sahen sich um.

Universitätsarchiv Bremen

# Chaoten-Korso

BUS 140, Oktober 2015

Mitte der 1960er Jahre, noch vor dem ersten Spatenstich, diskutiert der Bremer Senat bereits über Straßennamen auf dem Gebiet der zukünftigen Universität und spricht sich für die Benennung nach bedeutenden Persönlichkeiten aus. Insbesondere der verstorbene Bundespräsident Theodor Heuss soll auf diese Weise geehrt werden.

## 1. Runde: Namen berühmter Männer

Im Mai 1971 legt der Bausenator eine erste Namensliste vor, nach der ausschließlich männliche Personen des öffentlichen Lebens an der Uni verewigt werden sollen. Die Vorschläge stoßen bei



Ein Plan mit Vorschlägen für Straßennamen aus dem uni-internen Wettbewerb (Akten Dez. 4 (Uni-Archiv) – durchaus lebensnah

den zuständigen Instanzen, dem Bildungssenator, dem Staatsarchiv als Gutachter und dem Ortsbeirat Horn-Lehe auf Zustimmung. Dagegen plädiert die Uni, die als Anliegerin nur ein Anhörungsrecht hat, für sachbezogene Bezeichnungen und schlägt Flurnamen „analog der in diesem Gebiet bereits gebräuchlichen Straßennamen wie Achterstraße“ vor. Diese Idee wird zurückgewiesen, weil nicht ausreichend Gewässer- und Flurnamen vorhanden seien. Das Staatsarchiv bringt jedoch als „neutrale Lösung“ geografische oder maritime Bezeichnungen ins Spiel. Diesen Vorschlag greift die Uni sofort auf, denn die Benennung nach Persönlichkeiten wird hier kategorisch abgelehnt. „Die vorgesehenen Personennamen stoßen bei der Hochschullehrern und Studenten auf Ablehnung“ und gleichzeitig sei zu erwarten, dass Na-

mensvorschläge der Uni bei den anderen beteiligten Parteien keine Zustimmung finden werden. Bildungs- und Bausenator setzen sich für eine einvernehmliche Lösung ein und plädieren

ebenfalls für sachbezogene Straßennamen. Bei ihren Kollegen finden sie jedoch keine Mehrheit. Am 10. Oktober 1972 entscheidet der Senat, dass „Straßen im Bereich der Universität Namen von bedeutenden Persönlichkeiten erhalten sollen“.

## 2. Runde: Funktionale Namen

Während die zuständigen Ämter die Umsetzung des Beschlusses verfolgen, wird an der Uni dessen ungeachtet ein neuer Vorschlag ausgearbeitet und dem Bausenator im Mai 1973 präsentiert: Die Namen sollen nun eine orientierende Funktion haben, d. h. die Straßen sollen nach jenen Gebäuden bezeichnet werden, zu denen sie hinführen, z. B. Bibliothek- oder Mensastraße. Als eine Einigung nicht in Sicht ist, lobt das Rektorat im März 1974 zusätzlich einen uni-internen Wettbewerb aus, an dem sich auch die Leser der lebhaft berichtenden Lokalpresse beteiligen. Am 2. April 1974 hebt der Bremer Senat schließlich seinen Beschluss von 1972 auf; nun können die Straßen an der Uni auch sachliche Bezeichnungen tragen.

## Finale: Österreichische Städtenamen

Nach weiteren Beratungen einigen sich die Beteiligten auf die Benennung nach österreichischen Städten, wie sie auch für die geplanten Wohngebiete im Blockland vorgesehen sind. Am 3. Juni 1975 beschließt der Bremer Senat die eingereichte Liste. Sie enthält drei Ausnahmen: „Universitätsallee“ und „Hochschulring“ für die beiden großen Zufahrtsstraßen und – zum Ärger der Uni-

Planer - „Bibliothekstraße“ für die Straße zum Zentralbereich. Diese hatten sie so nicht geplant, wollen nun aber den „langen behördlichen Instanzenweg“ nicht noch einmal gehen.

Universitätsarchiv

## Schwerathleten und Seiltänzer

BUS 141, Januar 2016

Von Schwimmkränen und Filmschätzen im Uni-Archiv

Schwimmkräne sind Schwertransporter im Hafen. Sie können unglaubliche Gewichte heben, dabei darf sich die Mannschaft keinen Fehler leisten. Anfang November präsentierten das Universitäts- und das Landesfilmarchiv in der Arbeitnehmerkammer zwei historische Filme über die Arbeit auf diesen Kranschiffen. Gezeigt wurden „Dicke Brocken“ von Curt Köhler, ein Dokumentarfilm mit Werbecharakter für die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft aus den 1960er Jahren, und „Athlet III“ von Peter Schubert und Maximiliane Mainka aus dem Jahr 1974. Dieses Filmporträt der Besatzung eines Schwimmkrans war im Auftrag der Kooperationsstelle Universität-Arbeiterkammer Bremen (KUA) entstanden, parallel zu der dort angesiedelten großen sozialwissenschaftlichen Studie über den Wandel der Hafenarbeit. Der Film sollte vor allem in der Bildungsarbeit der KUA eingesetzt werden.



*Mit der Kamera im Hafen und bei den Metallern: Wie und unter welchen Bedingungen die Werktätigen arbeiteten, interessierte auch die Wissenschaft.*

Beobachtung des „Wir-Bewußtseins“

Das Filmteam hatte die 10-köpfige Crew des Kranschiffes mehrfach während der Arbeit und auch privat begleitet. Schubert erklärte 1977, der Film „beschreibe eine besondere Gruppe von Hafenarbeitern... Die inhaltlichen Schwerpunkte... sind: Beobachtungen des 'Wir-Bewußtseins' einer im Unterschied zu sonstigen Arbeitsgruppen im Hafen ständig gleichbleibend zusammengesetzten Mannschaft, Beziehungsstrukturen, Kommunikationsformen, Organisations- und Planungs-abläufe, Überstundenproblematik, Lohn/Leistungszusammenhang, Unfallgefährdung, Zusammenhang von Arbeits- und Lebenssituation und anderes.“

Unter den rund 50 Zuschauern waren viele ehemalige Hafenarbeiter, die das Geschehen auf der Leinwand interessiert verfolgten und die Erklärungen des Sprechers mitunter ironisch-kritisch kommentierten. Ihr damaliges Erleben und ihre heutige Erinnerung an die schwere Arbeit im Hafen und auf dem Schwimmkran stimmten mit dessen Darstellung nicht immer überein. In der anschließenden Diskussion bestätigten sie aber, dass der „Teamgeist“, der auf den Kranschiffen herrschte, sie noch bis heute, weit ins Rentenalter hinein, verbinde.

Filmschätze für Lehre und Forschung

„Athlet III“ war der erste von insgesamt acht Filmen zur Hafendarbeit, nur ein weiterer ist heute noch vorhanden. Die anderen wurden, wie rund 20 weitere Filme, die im Medienbereich der KUA bis 1985 produziert wurden, vor einigen Jahren vernichtet. Mit Hilfe der Filmemacher Günter Hörmann und Peter Schubert konnten bislang Kopien von 16 Filmen aufgespürt werden; darunter drei Filme zum Metallerstreik 1974 und ein 5-teiliger Filmzyklus zur Werftarbeit (1978-80). In Kooperation mit dem Haus des Dokumentarfilms in Stuttgart und finanziert vom Universitätsarchiv, dem Zentrum für Sozialpolitik, dem Institut für Arbeit und Wirtschaft sowie dem Centrum für Globalisierung und Governance an der Uni Hamburg wurden sie digitalisiert und stehen nun wieder für Lehre und Forschung zur Verfügung.

Universitätsarchiv Bremen

## Wo geht's denn hier zur Peter-Weiss-Straße?

BUS 142, Mai 2016

Am 10. Mai 1982 stirbt in Stockholm der 1934 aus Deutschland emigrierte Schriftsteller, Maler und Filmemacher Peter Weiss. Zwei Monate später werden in Bremen Vorbereitungen getroffen, in der Hansestadt eine Straße nach dem Träger des Bremer Literaturpreises zu benennen. Der Vertreter des Bausenators schlägt hierfür die Umbenennung der Bibliothekstraße an der Universität vor.

Das Staatsarchiv in seiner Funktion als Gutachters bei Straßenbenennungsverfahren äußert sich zurückhaltend positiv. Es gibt u. a. zu bedenken, dass Umbenennungen laut Beschluss des Bremer Senats nur in begründeten Ausnahmefällen möglich seien. Außerdem habe sich die Universität Anfang der 1970er Jahre „konsequent geweigert“, personenbezogene Straßennamen zu akzeptieren. Der zuständige Referent im Bauressort schlägt daraufhin eine Neubenennung auf dem Teerhof vor. Die Bildungs- und Kulturbehörde wendet sich jedoch mit umfangreichen Informationen zu Weiss an das Staatsarchiv und bittet um eine erneute, „positiv verstärkende“ Stellungnahme. Nur wenige



Tage später erklärt der Archivdirektor, dass eine Ausnahmesituation für eine Straßenumbenennung gegeben sei: „Peter Weiss verbrachte ... bis auf die ersten beiden Lebensjahre seine gesamte Kindheit in Bremen, wo – wie er selbst 1982 öffentlich gesagt hat – die Wurzeln zu seinem späteren literarischen Lebenswerk liegen. Peter Weiss kann so mit einiger Berechtigung als Bremer und als Kind dieser Stadt bezeichnet werden.“ Gegen eine Umbenennung der Bibliothekstraße gäbe es außer möglichen Kosten keine Bedenken. Im Gegenteil: „Durch seine Tätigkeit als kritischer Schriftsteller und Maler, dessen Werk in großem Maße auch der Geschichte der Arbeiterbewegung und des deutschen antifaschistischen Widerstandes gegolten hat, ist die

Person Peter Weiss' auch in besonderer Weise mit der Universität und ihren Arbeits- und Forschungsansätzen verbunden. Durch eine Umbenennung ... käme diesem und dem mit ihm verbundenen Bremenbezug eine bleibende regionale und überregionale Bedeutung zu“, nicht zuletzt, weil auch die offizielle Anschrift der Uni nach ihm bezeichnet werden würde.

Tatsächlich hat die Universität als Anliegerin keine Einwände. Der Akademische Senat stimmt am 9. Februar 1983 der geplanten Umbenennungen zu, um den Maler und Schriftsteller entsprechend zu würdigen.

Allerdings steht die Stellungnahme des ebenfalls zustimmungspflichtigen Ortsbeirats Horn-Lehe noch aus. Dieser befasst sich am 16. März mit der Frage der Umbenennung und erklärt, dass er auf seinen 1974 gefassten Beschluss beharre, im Universitätsgebiet keine Straßenbenennungen nach Persönlichkeiten durchzuführen. Gleichzeitig fordert er den Bremer Senat auf, auch dessen „im gleichen Jahr gefassten Grundsatzbeschluss nicht aufzuheben und es bei der Bezeichnung Bibliothekstraße zu belassen.“

Danach verschwinden die Pläne, einen von den Nationalsozialisten ins Exil vertriebenen „Sohn der Stadt“ posthum zu ehren, für lange Zeit in der Schublade. Erst ein Vierteljahrhundert später, am 14. Juli 2009, beschließt der Bremer Senat, eine kleine neue Wohnstraße in der Neustadt nach Peter Weiss zu benennen.

Universitätsarchiv Bremen

## „Meinungsterrorismus“ gegen „Provokation“ Eine RCDS-Veranstaltung und ihre Folgen

BUS 143, Juni/Juli 2016

Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) lud am 12. Dezember 1977 Heiner Geißler ein, um auf einer Veranstaltung im Mehrzweckhochhaus der Uni Bremen über "Fortschritt und

Freiheit - Umriss einer neuen Gesellschaftspolitik" zu referieren. Nicht nur dem Kabarettist Dieter Hildebrandt galt der damalige Generalsekretärs der CDU als ein „übler Demagoge“, wie er der Süddeutschen Zeitung in einem Interview einmal mitteilte; wohl nicht zuletzt, weil Geißler 1977 eine Schrift herausgegeben hatte, in der Intellektuelle, Künstler und liberale Politiker als Sympathisanten des Terrorismus verdächtigt wurden. Die Stimmung unter den Studierenden war ohnehin schon vergiftet, weil nach dem Scheitern der Drittelparität vor dem Bremer Staatsgerichtshof auch den Protesten gegen das Bremer Hochschulgesetz kein Erfolg beschieden war. Mit Streiks und Demonstrationen wehrten sich sie gegen die Einführung von Regelstudienzeiten, politische Disziplinierung und Berufsverbote. In einem solchen Klima wurde die Ankündigung des RCDS nicht nur von linksgerichteten Studierenden als Provokation empfunden.

Studierende aus kommunistisch-maoistisch orientierten Gruppen, Basisgruppen und einige Studiengangsausschüsse forderten in einem Offenen Brief Rektor Wittkowsky auf, die erteilte Genehmigung für die Raumnutzung zurückzuziehen. Dieser ging auf die Forderung nicht ein, sondern plante, auf die vorhersehbaren Störungen mit einem alternativen Veranstaltungsort im Gymnasium an der Parsevalstraße zu reagieren. Der von gewerkschaftsorientierten

### !!! DENUNZIANTEN !!!



WITTKOWSKY  
&  
MAASS



1. AM 12.12.1977 HABEN EINIGE ANHÄNGER DER ANTI-UNIVERSITÄT DIE ANKÜNDIGUNG DES RCDS...  
2. DER ANHÄNGER DER ANTI-UNIVERSITÄT, WITTKOWSKY, HAT NACH DER ANKÜNDIGUNG DES ANTI-UNIVERSITÄT...  
3. DIE ANTI-UNIVERSITÄT IN DER ANTI-UNIVERSITÄT...  
4. DIE ANTI-UNIVERSITÄT IN DER ANTI-UNIVERSITÄT...

Es gab Zeiten, da wurden Rektor und Kanzler der Universität Bremen - wie in diesem Flugblatt - noch als Denunzianten bezeichnet. Der Ton im politischen Diskurs war rau, die Feindbilder ausgeprägt.

staltungsort im Gymnasium an der Parsevalstraße zu reagieren. Der von gewerkschaftsorientierten

Listen getragene AStA und die ÖTV-Betriebsgruppe der Uni empfahlen den Studierenden, die Veranstaltung zu boykottieren. Zudem bot der AStA eine eigene Veranstaltung mit einem „Programm gegen rechts“ des Kabarettisten Dietrich Kittner an.

Am Veranstaltungstag kam es zum befürchteten Eklat. Gegner der Veranstaltung stürmten den Saal, es kam zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen RCDS-Sympathisanten und Störern. Geißler, noch vor dem Gebäude vom Rektor abgefangen, lehnte die Verlegung in die Schulaula ab und hielt stattdessen auf dem Parkplatz über einen Lautsprecherwagen eine kurze Ansprache. Die Medien kommentierten das Ereignis überwiegend so, wie es der AStA und wohl auch die Universitätsleitung befürchtet hatten; vom "marxistischen Terrorkampf" und "Meinungsterrorismus" war die Rede. Um den Vorwurf zu entkräften, die Universität schütze jene, die einen demokratischen Meinungsaustausch verhindern wollten, sah sich der Rektor gezwungen, Strafanzeige gegen Unbekannt zu erstatten. Daraufhin wurden nun er und Uni-Kanzler Maaß aus dem Kreis der Störer als Denunzianten diffamiert und bedroht. Die Ermittlungsverfahren gegen einige Studierende scheinen, soweit zumindest die Aktenlage im Uni-Archiv, eingestellt worden zu sein.

Universitätsarchiv Bremen

## Der Kampf um die Uni-Trophäe

BUS 144, Oktober 2016

Am 11. Juli 1974 um Punkt 12:00 Uhr war es endlich soweit. „Klassentheorie“ traf auf den KSB, der KSV „Roter Sturm“ arbeitete sich am MSB „Rote Socken“ ab und die SoW/Nat traten gegen das ISES an. Doch auch die Hochschullehrer und die Dienstleister ließen nicht lange auf sich warten. War ihnen zwar eine längere Aufwärmzeit gegönnt, so trudelten auch sie bis spätestens um 13:00 Uhr am Kuhhirten ein. Insgesamt waren es mehr als 20 verschiedene Teams, die sich auf dem Stadtwerder einfanden. Und warum? Auf den Sportplätzen am Kuhhirten fand das 1. Uni-Fußball-Freundschaftsturnier statt.



Feierlich überreicht der damalige Rektor Hans-Joachim Steinberg dem Mannschaftskapitän des Siegers "Roter Stern Findorf" die hart umkämpfte Trophäe, den "Rote-Urmel-Pokal".

Die Fußball-Weltmeisterschaft war gerade einmal vier Tage vorbei, das bundesdeutsche Team im Besitz des Meisterschaftstitels und somit eines massiven 18-karätigen Goldpokals, den sie aus dem Münchener Stadionrund herausgetragen konnten, da sehnten sich auch die Uni-Angehörigen nach einem Pokal. So ward das Uni-Fußballturnier, organisiert vom AStA und dem Personalrat, naheliegend. Selbstverständlich waren alle drei Statusgruppen der Uni mit dabei. Da spielten unter anderem die „Ordinarien“ gegen die Juso-Hochschulgruppe, die Dienstleister der Studienbereiche gegen „Freundschaft mit China“ oder die Dienstleister der Haushaltabteilung gegen das SAIU. Das Endspiel, gepfiffen vom damaligen Kanzler Hans-Heinrich Maaß, konnte erst durch Elf-Meterschießen (4:3) entschieden werden. Feierlich überreichte der damalige Rektor Hans-Josef Steinberg dem Sieger „Roter Stern Findorff“ die hart umkämpfte Trophäe, den „Rote-Urmel-Pokal“.

Aber gab es auch einen Pokal, so mangelte es an anderem - hatten doch die Gruppen jeweils einen eigenen Schiedsrichter mitzubringen. Auch die Pfeifen konnten nicht gestellt werden.

Und sollte dies alles nur der eigenen Belustigung dienen? Weit gefehlt. Die Veranstaltung stand in der Uni-Tradition „Solidarität für Chile“ und der Verurteilung des Militärputsches unter General Pinochet im Jahre 1973. Der Eintrittspreis in Form einer Spende von mindestens DM 1,00 sowie der Erlös aus den natürlich nicht fehlenden Wurst- und Bierbuden gingen an Opfer der Militärjunta. Frauen (und Kinder) waren auf dem Spielfeld nicht vorgesehen, zum Anfeuern und zum Spenden jedoch herzlich willkommen geheißen.

Und der „Rote Urmel“? In wessen Händen er sich heute befindet, ist dem Uniarchiv leider nicht bekannt. Hinweise nimmt das Bremer Uniarchiv gerne entgegen.



#### 70er-Jahre-Glossar:

KSB	Kommunistischer Studentenbund
KSV	Kommunistischer Studentenverband
MSB	Marxistischer Studentenbund (Spartakus)
SoW/Nat	Sozialwissenschaften/Naturwissenschaften
ISES	Integriertes Sozialwissenschaftliches Eingangsstudium
Juso	Jungsozialisten Studienbereich Fachbereich
Dienstleister	Verwaltungs-/Reinigungskräfte etc.
Ordinarien	Hochschullehrer
SAIU	Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz und in der Industrieregion Unterweser

Universitätsarchiv

## In der Löwengrube?

BUS 145, Januar 2017

Das Reformkonzept der neu zu errichtenden Bremer Universität sollte sich auch in der Baustruktur wiederfinden. So ruft der Bausenator 1971 die Projektgruppe Uni-Stadt ins Leben: Verflechtung heißt das neue Schlagwort. Auch ein gemeinsames Kirchenzentrum soll dieses Konzept vorantreiben, was durchaus auch auf Interesse der evangelischen und der katholischen Kirche in Bremen stößt. Gleich 1971 richten beide Kirchen Arbeitsgruppen dazu ein.

Im Juli 1974 stimmt der Kirchenausschuss der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) dafür, ein Kirchenzentrum für die Evangelische Studentengemeinde (ESG) und das Studentenpfarramt sowie ein Kommunikationszentrum für Uniangehörige und Bewohner im Bereich der Uni zu errichten. Dies ist für die sozialdemokratische Bremer Bürger-Zeitung Anlass genug, die „BEK in der Löwengrube“ zu vermuten, da sie sich „verwegen wie ein religiöser Märtyrer (...) mit einem Spezial-Domozil (!) direkt aufs Universitätsgelände begeben“ wolle, genau wissend, „(...) daß sie hier zwar

zunächst wie Daniel in der Löwengrube stehen wird, doch daß sie unter den „roten“ Löwen sicher auch ein Feld der Agitation und der sorgerischen Aufgaben hat.“ (BBZ vom 5.7.1974).

Auf gemeinsamen Sitzungen der Kirchenvertreter und des Unibauamts konkretisieren die beiden Kirchen ihre Bedürfnisse: Die katholische Kirche plant lediglich ein Kommunikationszentrum zur studentischen Versorgung und meldet einen Bedarf von 3000 m<sup>2</sup> Nettobaufläche an. Die BEK hingegen will keine isolierte Studierendengemeinde, sondern strebt eine Kombination mit der Ortsgemeinde Horn an und besteht deshalb auf den Standort Uni-Ost mit einem Nettobaulandbedarf über insgesamt 4000 m<sup>2</sup>. Die Universität wiederum würde die beiden kirchlichen Zentren gerne in unmittelbarer Nähe zueinander sehen, um später leichter ein zukünftiges ökumenisches Zentrum realisieren zu können.

Voran jedoch geht erst mal gar nichts. Als die Uni der BEK einen abgelegenen Platz in Uni-West anbietet, wo frühestens 1980 mit dem Bau begonnen werden könnte, zweifelt die ESG, ob die Uni die Kirche tatsächlich noch als Partnerin der angestrebten Verflechtung sieht.

Im Frühjahr 1976 wird ein städtebaulicher Ideenwettbewerb für die Bebauung Ost ausgeschrieben, doch erst im Februar 1979 nimmt das Stadtplanungsamt einen der Entwürfe als Basis an. Voran geht es jedoch auch nun noch nicht, obgleich die BEK der Uni mittlerweile detaillierte von der ESG ausgearbeitete Entwürfe für das Zentrum vorgelegt hat. Jährlich mahnt die BEK ergebnislos die Vorlage eines Bebauungsplans an, derweil verfallen im Finanzplan bereits eingeräumte Kirchengelder. Zunehmend rückt somit die Kostenfrage in den Vordergrund.



Eine katholische oder evangelische Kirche, die an den rot umrandeten Stellen entstehen sollte, sucht man heute vergebens auf dem Campus. Aber was nicht ist, kann ja immer noch werden

Als die Uni endlich Mitte 1981 mitteilt, dass ein Grobentwurf für den ersten Bebauungsplan Ost bestehe, muss die BEK - wenn auch unter Protest der ESG und des Studentenpfarrers - die ursprünglich angefragte Bedarfsfläche auf nunmehr 3000 m<sup>2</sup> verringern und auch den Baubeginn aus Kostengründen zeitlich verschieben.

Gebaut wird keines der Kirchenzentren und rückblickend entsteht der Eindruck, dass nach all den schleppenden Verfahren seitens der Universität das Vorhaben an der Finanzierung scheiterte. Und ein Begegnungszentrum für Menschen unterschiedlichster Glaubensrichtungen und/oder auch Atheisten war ohnehin nicht Teil des Programms.

Universitätsarchiv

“Oh Lord, won't you buy me a ...?”

BUS 146, Mai 2017

Janis Joplin sang diese Zeile mit Süffisanz. Zwei Tage vor ihrem Tod am 4. Oktober 1970 wurde der Song in nur einem Take eingespielt.

Seit den 1950er Jahren war und ist er „Ihr guter Stern auf allen Straßen“ und sein Fahrer nahm sich nicht selten besonders freie Fahrt für freie Bürger. Einst Symbol des Wirtschaftswunders, später eher für Solidität und gepflegte Biederlichkeit stehend, gilt er heute nach Firmenangabe als „Masterpiece of intelligence“, als „hocheffizient und nachhaltig“, „sichert im Kerngeschäft profitables Wachstum“ und soll demnächst emissionsfrei fahren.

Punks trugen das von der Kühlerhaube geklaubte sternenförmige Teil im letzten Jahrhundert auf ihren meist schwarzen Jacken und ließen sich mit Omas und Opas aus dem Westen im Kreuzberger Kiez „für’n Heiermann“ fotografieren. Derweil drehte sich und leuchtete ein formgleicher aber ungleich größerer Stern mit zehn Metern Durchmesser auf dem Dach des Europa-Centers im damaligen Westberlin – seit 1965 war er auch bei bedecktem Himmel stets zu sehen.

Nicht ganz so exponiert, doch ebenfalls gut sichtbar, platzierten an der Universität Bremen Studierende des selbstorganisierten und studiengangübergreifenden Projektes Agro Business im Juni 1981 an ausgesuchten Stellen Schilder mit dem Logo und der Aufschrift „Daimler-Benz AG“. An der Universitätsallee machte ein Schild neben dem Gebäude Geisteswissenschaften 1 darauf aufmerksam, dass hier eine Forschungsabteilung des Konzerns angesiedelt ist. Weitere Schilder an der Einmündung der Bibliotheksstraße in die Universitätsallee sowie auf der Wiese vor dem Mensasee verwiesen darauf, dass mit der Produktionstechnik und dem Forschungsdienst wichtige Bereiche des Unternehmens an der Uni ihren Platz gefunden hatten.



Protestaktion gegen die Kooperation der Universität mit der Daimler-Benz AG im Juni 1981, Fotograf: Michael Nussbaum (BUA)

Ergänzend tauchte ein vom Studiengangsausschuss Biologie/Chemie in einer Auflage von 500 Stück erstelltes Schreiben mit Datum vom 15. Juni 1981 auf. Die Unterzeichner, Eugen Schäufele für die Daimler-Benz AG sowie der Senator für Wissenschaft und Kunst, Horst Werner Franke,

freuten sich, den sehr geehrten Damen und Herren „mitteilen zu können, daß die vom Hochschulrahmenplan versprochene Kooperation zwischen der Universität und der heimischen Industrie schneller als geplant verwirklicht wird.“ Demnach waren der Vorstand der Daimler Benz AG und der Senator übereingekommen, „die Räume und Instrumente des jetzigen Studiengangs Physik als Erstausrüstung des neuen Studienganges Produktionstechnik zu nutzen.“

Im Zusammenhang mit diesen „zukunftsweisenden Veränderungen“ luden Schäufele und Franke für den 16. Juni 1981 um 12.00 Uhr zu einer Inaugurationsfeier „auf den Zufahrtswegen und im Zentralbereich“ der Universität ein, um die Vereinbarung zu würdigen. Ob sich die Studierenden nach der Ansprache des ausgesprochen jungen Daimler-Vorstandes Eugen Schäufele auf dem Uni-Boulevard vor der Mensa wie angekündigt bei einem Bier, das „großzügigerweise von der heimischen Industrie gespendet“ werden sollte, „zwanglos informierten“, ist nicht überliefert.

Universitätsarchiv

## „Marmor, Stein und Eisen bricht ... oder Beton brut oder was?“

BUS 147, Juni/Juli 2017



Dach des Boulevards aus der Vogelperspektive. Foto: Peter Vorbeck (1980), BUA.

Kurz nachdem Drafi Deuchers Schlagerohrwurm mit Singularform des Verbes im Dezember 1965 Platz 1 der deutschen Hitparade erlangte, wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1966 ein Universitätsbauamt gegründet. Es hatte laut Bürgerschaftsbeschluss vom 26. Februar 1964 die Aufgabe, einen Ideenwettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen für einen Generalbebauungsplan auszuarbeiten und durchzuführen.

1971 wurden die Gebäude GW 1 und NW 1 als Schnellbaumaßnahme des Bundes außerhalb des engeren Campus errichtet. Vorlesungsbeginn mit 400 Studierenden war der 19. Oktober 1971. Mit der zweiten Baustufe, die den eigentlichen Campus festschrieb, wurden in den Folgejahren der Zentralbereich, die Gebäude GW 2, NW 2, MZH, das Studierendenwohnheim, die SuUB und die Technikzentrale realisiert. Eine aufgeständerte Wegeführung für Fußgänger\*innen (Uni-Boulevard) verbindet die Gebäude bis heute miteinander. Eine Ausnahme bildet das MZH, das nach Abriss eines Teiles des Boulevards einen ebenerdigen Haupteingang mit neugestaltetem Foyer erhielt.

Marmor wurde nicht verbaut, jedoch in großen Mengen Stahlbeton, der preiswert und schnell herzustellen war

und hohe Zugfestigkeit garantiert. Die Elementbauweise der 70er Jahre mit ihrem repetitiven Charakter sowie das als unästhetisch empfundene Alterungsverhalten des Sichtbetons bis hin zu dessen Bersten und Brechen nach einigen Jahrzehnten trugen dazu bei, dass diese Art der Architektur der Moderne in Verruf geriet. In den letzten Jahren erfährt jedoch der Baustil des Brutalismus oder *betón brut*, wie ihn schon in den 50er Jahren Le Corbusier benannte und architektonisch umsetzte, ein verstärktes Interesse.

Der Ausbau der Universität und das Entstehen des Technologieparks in ihrem Umfeld seit 1986 führten dazu, dass der Zentralbereich den Anforderungen nicht mehr gerecht wurde.

Die Aufenthaltsqualität, Zugangssituation, Orientierung, Gestaltung, Belichtung und weitere Faktoren wurden 1995 vom Planungsamt als schwierig beschrieben. Es gelte, „diesen Bereich als urbane Mitte des Universitätsstadtteils zu entwickeln und aufzuwerten“. Da kam es gelegen, dass ein Planfeststellungsverfahren für den Neubau einer Straßenbahnstrecke zwischen Riensberg und der Universität in die Wege geleitet worden war, um die Uni direkt mit der Innenstadt und dem Flughafen zu verbinden. Es war klar, dass damit die Bedeutung des Zentralbereiches erheblich wachsen würde. Folglich stiegen auch die Anforderungen an die Qualität dieses noch wichtiger werdenden Teiles der Uni.

Der Zentralbereich präsentiert sich heute transparent und transitorisch. Wie es dazu kam, verrät Ihnen das Uni-Archiv in einer der nächsten Ausgaben des Bremer Uni-Schlüssels.

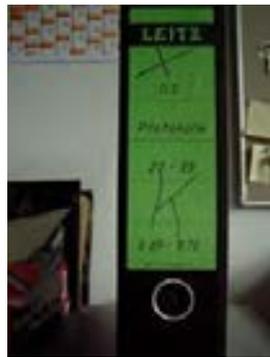
Universitätsarchiv

## Lebenslauf eines Protokolls Vom Aktenstück zur Archivalie

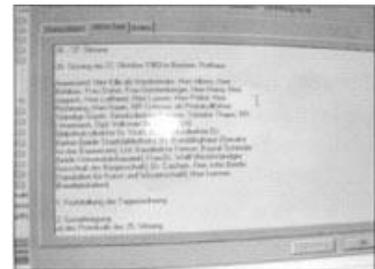
Vom 9.-11. Mai 2003 fand in Bremen zum zweiten Mal der „Tag der Archive“ statt. An ihm stellen sich Bremer Archive unterschiedlichster Richtung und Ausstattung der Öffentlichkeit vor, zeigen ihre Räume, berichten über ihre Arbeit oder graben ihre Schätze aus. Auch das Zentrale Archiv hat sich am „Tag der Archive“ beteiligt und am 9. Mai seine Türen für Interessierte geöffnet. Eine bildliche Darstellung, die im Folgenden dokumentiert ist, informierte die Besucher über die Arbeitsschritte in einem Archiv und über den Weg, den ein Dokument durchläuft.  
in: BUS Nr. 74, Juli 2003



Die Reden sind gehalten, die Resolutionen beschlossen – ein Dokument ist geboren.  
Titelblatt des Protokolls des Gründungs-senats (GS) für die Universität Bremen vom 22. Oktober 1969 im Rathaus Bremen



Die erste Heimstatt: Der Aktenordner.  
Anlegen eines Aktenordners für die GS-Protokolle in der Geschäftsstelle des Gründungssenats



Umzug ins Paradies der bits und bytes:  
Aufnahme und Bearbeitung des Protokolls mittels der Archivsoftware AIDA. Auszug aus dem Akten-titel.



Auf dem Weg zur Unsterblichkeit:  
Entfernung der vergänglichen Elemente.



Die Ingredienzien für die Einbalsamierung:  
Weizenstärke, Naturwolle und reine Chinaborsten.



Der säurefreie Sarkophag.  
Rip –resquiescat in pacem.



In der Grabkammer:  
Zugang nicht nur für Räuber.

